

Allgemeine Datenschutzerklärung des VKU e.V. (Stand: 21.02.2022)

I. Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU e.V.)
vertreten durch den Hauptgeschäftsführer Herrn Ingbert Liebing,
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0
Fax +49 30 58580-100
E-Mail: info@vku.de

II. Betriebliche Datenschutzbeauftragte

Sie erreichen unsere betriebliche Datenschutzbeauftragte unter:

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-139
Fax +49 30 58580-103
E-Mail: datenschutz@vku.de

Sie können sie bei allen im Zusammenhang mit Ihren personenbezogenen Daten stehenden Fragen kontaktieren.

III. Beachtung der Datenschutzgrundsätze

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beachten wir die nach Art. 5 DSGVO festgelegten Grundsätze:

- **Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten beruht auf einer Rechtsgrundlage (z.B. Einwilligung oder Erforderlichkeit aufgrund Vertrages oder berechtigten Interesses) und erfolgt in einer für Sie als betroffene Person nachvollziehbaren Weise.

- **Grundsatz der Zweckbindung**

Wir erheben personenbezogene Daten nur für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke. Es findet keine Erhebung personenbezogener Daten statt, die mit diesen Zwecken nicht zu vereinbaren ist.

- **Grundsatz der Datenminimierung**

Es werden nur diejenigen Daten gespeichert, die für die Durchführung des Verarbeitungszwecks erforderlich sind.

- **Grundsatz der Richtigkeit**

Wir sorgen für die Aktualität Ihrer personenbezogenen Daten und bringen sie erforderlichenfalls auf den neuesten Stand. Hierzu treffen wir alle angemessenen Maßnahmen, damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden.

- **Grundsatz der Speicherbegrenzung**

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur solange, wie es für die Erreichung der zulässigen Verarbeitungszwecke erforderlich ist.

- **Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit**

Wir schützen Ihre personenbezogenen Daten bei der Verarbeitung, insbesondere vor einer unrechtmäßigen oder unbefugten Verarbeitung, vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung. Hierzu ergreifen wir geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, z.B. Zutritts- und Zugangskontrolle oder Passwortschutz.

IV. Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zweckbezogen und nur, wenn wir hierfür eine entsprechende Rechtsgrundlage haben (Art. 6 DS-GVO). Je nachdem, auf welche Rechtsgrundlage wir uns stützen, stehen Ihnen Widerrufs- und Widerspruchsrechte zu (s. u.).

Viele Verarbeitungstätigkeiten bei uns beruhen auf dem Mitgliedschaftsverhältnis und damit auf einer vertraglichen Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO. Gemäß § 2 Abs. 2 S. 2 unserer Satzung unterstützen wir Beschäftigte unserer Mitgliedsunternehmen bei der Anwendung von Gesetzen, organisieren den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit untereinander und beraten sie in grundsätzlichen und konzeptionellen Fragen. Sofern Sie Geschäftsführer oder Beschäftigte/er¹ eines Mitgliedsunternehmens sind, erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung des Mitgliedschaftsverhältnisses. In anderen Fällen stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse oder das eines Dritten/Dritter (Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO). Ferner verarbeiten wir personenbezogene Daten aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO). Liegen keine gesetzlichen Grundlagen vor, werden wir Sie um Ihre Einwilligung in die beabsichtigte Verarbeitungstätigkeit bitten (Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO).

¹ Aus Gründen der Vereinfachung erfasst die männliche Form auch die anderer Geschlechter, ohne dass dies nachteilige Wirkung erzeugen soll.

Zudem verarbeiten wir auch personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise aus öffentlichen Quellen (z.B. Handels- und Vereinsregistern, Presse, Medien oder Internet) erhalten haben und verarbeiten dürfen. An Dritte geben wir Ihre personenbezogenen Daten, ohne anderweitige gesetzliche Grundlage, nur mit Ihrer Einwilligung weiter.

Werden Dienstleister eingesetzt (z. B. im Rahmen von Versandaufträgen oder Einladungsmanagement), welche auf unsere Weisung personenbezogene Daten verarbeiten, wird ein Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen. Sollten wir zusammen mit anderen Institutionen gemeinsam Verantwortlicher i. S. d. Art. 26 DS-GVO sein, indem wir gemeinsam die Zwecke und Mittel der Verarbeitung festlegen, schließen wir eine entsprechende Vereinbarung ab und informieren Sie über den wesentlichen Inhalt der Vereinbarung.

Weiterhin verarbeiten wir – soweit für die Erbringung einer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die uns von anderen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden (z. B. zur Erfüllung von Aufträgen, zur Erfüllung von Verträgen oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung). Auch diesbezüglich werden entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge oder Vereinbarungen über die gemeinsame Verantwortlichkeit abgeschlossen.

Ihnen stehen – je nach Rechtsgrundlage – folgende Widerrufs- und/oder Widerspruchsrechte zu:

Widerrufsrecht nach Abgabe einer Einwilligungserklärung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) i. V. m. Art. 7 DS-GVO:

Ihnen steht das Recht zu, Ihre uns gegenüber jeweils erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Allerdings ist zu beachten, dass die Einwilligung bis zu ihrem Widerruf wirksam bleibt. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung gegenüber der Stelle widerrufen, gegenüber der Sie die Einwilligung erteilt haben (z. B. Gremium, Fachabteilung, Veranstalter) oder eine E-Mail an die E-Mail-Adresse datenschutz@vku.de senden. Ferner können Sie dies auch auf postalischem Wege vornehmen an die Adresse VKU e.V., Datenschutzbeauftragte, Invalidenstraße 91, 10115 Berlin).

Widerspruchsrecht nach Annahme eines berechtigten Interesses unsererseits (VKU) oder Dritter (Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO) sowie nach/bei Direktwerbung, Art. 21 DS-GVO:

Hinsichtlich der Verarbeitung, die auf ein berechtigtes Interesse unsererseits oder ein berechtigtes Interesse eines Dritten gestützt wird, steht Ihnen ein **Widerspruchsrecht** gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO zu. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen.

Sofern Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, werden wir Sie nicht mehr kontaktieren, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen. Dies gilt auch,

wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Sofern Sie von uns Direktwerbung erhalten, steht Ihnen ein **Widerspruchsrecht** gemäß Art. 21 Abs. 2 DS-GVO zu. Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet. Ihren Widerspruch oder Widerruf können Sie jederzeit entweder an den **Absender** oder die Adresse datenschutz@vku.de richten. Ferner können Sie dies auch auf postalischem Wege vornehmen an die Adresse VKU e.V., Datenschutzbeauftragte, Invalidenstraße 91, 10115 Berlin).

In dieser Allgemeinen DSE informieren wir über folgende Verarbeitungstätigkeiten:

1. Mitgliedschaft und Adressverwaltung, Mitgliederversammlung, Mitgliedergewinnung	5
2. Kommunikation und Beratungsleistungen	9
3. Versand von Mitgliederinformationen oder Verbandsbroschüren	10
4. Gremienmanagement	13
5. Lobbyarbeit für Belange kommunaler Unternehmen	14
6. Einladung und Durchführung von Veranstaltungen	15
7. Einladung und Durchführung von Videokonferenzen oder Webseminaren.....	22
8. Einladung und Durchführung von Umfragen, Terminabfragen	27
9. Anbahnung und Erfüllung von Verträgen	30
10. Pressearbeit, einschließlich Nutzung sozialer Medien	31
11. Gewinnspiele, Preisausschreiben, Wettbewerbe.....	34
12. Buchhalterische Maßnahmen.....	34
13. Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit oder Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts (Zutrittskontrolle)	35
14. Geltendmachung von Rechtsansprüchen und deren Verteidigung	35

1. Mitgliedschaft und Adressverwaltung, Mitgliederversammlung, Mitgliedergewinnung

Im Rahmen der Mitglieder- und Adressverwaltung kommt es zu verschiedenen Verarbeitungstätigkeiten:

- Bearbeitung Aufnahmeantrag, Mitgliedschaftsverhältnis und Beitragsabrechnung (siehe a))
- Mitglieder- und Adressverwaltung (siehe b))
- Zugang Mitgliederbereich auf VKU-Webseite (siehe c))
- Mitgliederversammlung (siehe d))
- Mitgliedergewinnung (siehe e))

Bei allen Verarbeitungstätigkeiten, bei denen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO stützen, steht Ihnen ein Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.). Stützen wir die Verarbeitungstätigkeit auf eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) Alt. 2 DS-GVO können Sie diese jederzeit widerrufen.

a) Bearbeitung Aufnahmeantrag, Mitgliedschaftsverhältnis und Beitragsabrechnung

Bei der Bearbeitung des Aufnahmeantrages handelt es sich um eine Anbahnung eines Vertragsverhältnisses. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) Alt. 2 DS-GVO.

Nachdem Sie uns als Geschäftsführer oder Unternehmensleiter oder sonstiger Beschäftigter eines Unternehmens den Aufnahmeantrag mit den dort erforderlichen personenbezogenen Daten (Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche Daten (Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), ggf. personalisierte E-Mailadresse, ggf. Faxnummer) zukommen lassen haben, prüfen wir die Richtigkeit der Daten sowie die Aufnahme Ihres Unternehmens als Mitgliedsunternehmen.

Nach Prüfungsabschluss und Aufnahme Ihres Unternehmens als unser Mitgliedsunternehmen speichern wir die von Ihnen angegebenen Daten in unserer Datenbank. Rechtsgrundlage ist nunmehr das Mitgliedschaftsverhältnis als Vertragsgrundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Sofern wir Ihre Daten in mehreren Dateisystemen gespeichert haben sollten, z. B. aufgrund E-Mailverkehrs, gleichen wir diese Daten mit unseren Daten in der Datenbank ab und aktualisieren diese gegebenenfalls. Hierzu stützen wir uns auf eine rechtliche Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO i.V.m. Art. 5 Abs. 1 d) DS-GVO, wonach wir verpflichtet sind, die Daten aktuell zu halten (Grundsatz der Richtigkeit der Daten).

Jährlich senden wir an die Geschäftsführer oder Unternehmensleiter eine Beitragsabrechnung zu. Hierzu nutzen wir die bekannten und in unserer Datenbank gespeicherten Kontaktdaten.

b) Mitglieder- und Adressverwaltung

Im Rahmen der Mitglieder- und Adressverwaltung werden die zur Erfüllung des Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlichen personenbezogenen Daten dokumentiert und verwaltet, d.h. auch auf Aktualität und Vollständigkeit geprüft. Notwendige personenbezogene Daten sind regelmäßig: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche Daten (Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), ggf. personalisierte E-Mailadresse, ggf. Faxnummer.

Darüber hinaus werden o.g. Kontaktdaten von weiteren Kontakten aufgrund eines Vertragsverhältnisses (Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO), aufgrund der Annahme eines berechtigten Interesses (Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO) oder aufgrund einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO) gespeichert. Hierbei handelt es sich z. B. um Daten von Beschäftigten von Mitgliedsunternehmen, Beschäftigten von Interessenten, Beschäftigten von Lieferanten/Dienstleistern, Politiker oder Parlamentarier, Beschäftigte in Instituten/Behörden/Verbänden oder Beschäftigte in Kommunen und Landkreisen/Bürgermeister.

Zudem vergleichen wir Ihre Daten, sofern sie in einem anderen Dateisystem gespeichert wurden, mit denen in unserer Datenbank, um immer auf dem aktuellen Stand zu sein. Zu einer Aktualisierung Ihrer Daten kann es auch kommen, wenn Sie uns zu einem späteren Zeitpunkt die Veränderung Ihrer Daten mitteilen. Dies könnte beispielsweise bei der Bestellung von Verbandsinformationen der Fall sein. Sofern Sie nur die Speicherung bestimmter Daten in unserer Datenbank wünschen, markieren wir dies entsprechend.

Regelmäßig werden auch die o. g. Kontaktdaten von Assistenzen in unserer Datenbank gespeichert. Diesbezüglich stützen wir uns ebenso auf das Mitgliedschaftsverhältnis gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO oder auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Oftmals ist auch seitens der Geschäftsführer der Kontakt über die Assistenzen gewünscht.

Sofern wir politische Kontakte, die wir über eine politische Datenbank erhalten, in unsere Datenbank überführen und diese für Verbandszwecke nutzen (z. B. Übermittlung von Stellungnahmen, Lobbyarbeit (s.u. Ziff. 5), stützen wir uns bei der Erhebung und Erfassung der Daten auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 DS-GVO. Hierbei kommt es zusätzlich zu der Verarbeitung politischer Meinungen, da wir Informationen über die Zugehörigkeit zu Fraktionen, Parlament, Wahlkreis und/oder Beschäftigte erhalten. Bei der Erfassung der politischen Meinung stützen wir uns auf die Ausnahmenvorschrift des Art. 9 Abs. 2 DS-GVO, wonach eine Verarbeitung bei Einwilligung oder offensichtlicher Öffentlichmachung zulässig ist.

Selbiges gilt bei dem Einsatz der journalistischen Datenbank. Hier haben wir mit einem Dienstleister einen entsprechenden Vertrag zum Erhalt Ihrer Daten abgeschlossen. Die Weitergabe Ihrer Daten erfolgt aufgrund Ihres Einverständnisses.

In diesem Zusammenhang wird auch die Gremienzugehörigkeit und Ihre Funktions-/Interessengebiet dokumentiert, um Ihnen Einladungen zu Gremiensitzungen oder auf Sie zugeschnittene Verbandsinformationen zukommen lassen zu können (s.u. Ziff. 2). So kann gewährleistet werden, dass die Einladung an die richtigen Kontaktdaten erfolgt und Sie Verbandsinformationen entsprechend Ihrer beruflichen Tätigkeit erhalten.

Ferner werden hier die für den Erhalt von Verbandsinformationen (s.u. Ziff. 2) erforderlichen Kontaktdaten gespeichert und für den entsprechenden Versand genutzt. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Mitgliedschaftsvertrages.

Sofern Maßnahmen zur Mitgliederbindung / -beratung getroffen werden, stützen wir uns auf das Mitgliedschaftsverhältnis und damit auf die Rechtsgrundlage eines Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO oder auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Wir haben ein Interesse daran, Sie als Mitglied zu behalten und möchten daher auf Ihre Bedürfnisse eingehen.

Ihre Adressen werden so lange bei uns in der Datenbank gespeichert, wie das Mitgliedschaftsverhältnis dauert. Bei Ausscheiden eines Beschäftigten aus einem Mitgliedsunternehmen werden die Daten aus unserer Datenbank gelöscht.

c) Zugang Mitgliederbereich auf VKU-Webseite

Auf unserer VKU-Homepage (www.vku.de) haben Sie die Möglichkeit, einen Mitgliederzugang zu beantragen. Dieser steht jedem Beschäftigten von Mitgliedsunternehmen zu. Der Zugang wird nur gewährt, wenn Sie uns hierfür Ihre Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO erteilt haben (Double-opt-in-Verfahren (Bestätigungs-E-Mail und Passwortvergabe Ihrerseits)). Diesbezüglich wird auf die [Datenschutzerklärung auf der Webseite des VKU](#) (Ziff. IV., Nr. 1) verwiesen.

Wir verwalten Ihren Zugang zum mitgliedergeschützten Bereich auf unserer Webseite www.vku.de sowie Ihren Zugang zu Gremienunterlagen Ihres Gremiums/Ihrer Gremien und anderweitigen Informationen (z. B. Mitgliederrundschreiben, Rechtsbereich). Es besteht die Möglichkeit, die Dokumente herunterzuladen. Rechtsgrundlage ist die von Ihnen abgegebene Einwilligungserklärung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO oder ein durch den beantragten Zugang zum Mitgliederbereich entstehendes Vertragsverhältnis, Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO).

Wie Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen können, können Sie der Datenschutzerklärung auf unserer Webseite (Ziff. IV., Nr. 1) entnehmen. Machen Sie von diesem Recht Gebrauch, wird der Zugang zum Mitgliederbereich einschließlich Ihrer Zugangsdaten gelöscht. Ein Zugang zum Mitgliederbereich ist dann nicht mehr möglich.

d) Mitgliederversammlung

Geschäftsführer oder **Unternehmensleiter** von Mitgliedsunternehmen werden z. B. zur Teilnahme an Veranstaltungen des Verbandes und der Landesgruppen (§ 4 Abs. 1 Satzung des VKU) sowie der Ermöglichung der Stimmabgabe (§ 7 Abs. 2 Satzung des VKU) eingeladen. Hierzu nutzen wir die uns im Rahmen der Mitgliedschaft bekannten Kontaktdaten. Eine derartige Veranstaltung ist z. B. die Mitgliederversammlung. Die Einladung erfolgt aufgrund der **VKU-Mitgliedschaft** und dient der Erfüllung des Mitgliedschaftsverhältnisses. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO (Vertrag). Mit der Einladung werden auch zugehörige Unterlagen versendet.

Ggf. wird im Rahmen von **Protokollen** (z. B. Mitgliederversammlung) der Inhalt und ggf. Ihre Aussagen und Beschlussfassungen festgehalten. Ihre Teilnahme wird sodann protokolliert, i.d.R. Vor- und Nachname, Anrede, Titel und Unternehmenszugehörigkeit. Das Protokoll wird an die Teilnehmer per E-Mail versendet.

e) Mitgliedergewinnung, Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten

Um neue Mitglieder zu gewinnen, werden Geschäftsführer oder Unternehmensleiter von potentiellen (oder ehemaligen) Mitgliedsunternehmen kontaktiert. Ggf. kommt der Kontakt auch anderweitig zustande, z. B. auf Messen oder Veranstaltungen, oder auch mit Beschäftigten von (potentiellen) Mitgliedsunternehmen. Bei der Ansprache und Kontaktierung stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Wir haben ein Interesse daran, Mitgliedsunternehmen zu gewinnen. Dabei werden ggf. folgende berufliche personenbezogene Daten genutzt: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), ggf. personalisierte E-Mailadresse, ggf. Faxnummer).

Gegebenenfalls treten Sie auch von sich aus mit uns in Kontakt, so dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf die Rechtsgrundlage der Vertragsanbahnung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO gestützt wird.

Ihnen steht bei der Annahme eines berechtigten Interesses ein Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.)

Ihre personenbezogenen Daten werden nach Abschluss der Mitgliedergewinnungsmaßnahmen gelöscht, sofern keine andere Rechtsgrundlage zur Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten besteht.

2. Kommunikation und Beratungsleistungen

Im Rahmen unserer Tätigkeit kommunizieren wir auf verschiedenen Wegen mit Beschäftigten von Mitgliedsunternehmen, Anfragenden, Dienstleistern, Referenten oder Personen in politischen Funktionen und kommen auch unserer satzungsgemäßen Aufgabe der Erbringung von Beratungsleistungen nach.

Verarbeitungstätigkeiten sind u.a.:

- Kommunikation zum Zweck der Bearbeitung Ihres Anliegens und Beratung (siehe a))
- Anschreiben zu verschiedenen Anlässen (siehe b))
- Anschreiben von potentiellen Interessenten zur Gründung einer neuen AG, Ausschuss etc. (siehe d))

a) Bearbeitung Ihres Anliegens und Beratung

Sofern Sie uns eine telefonische oder schriftliche Anfrage (z. B. per E-Mail oder Post), z. B. zu VKU-Themen, erwünschter Rechts- oder Fachberatung, gestellt haben, werden wir diese bearbeiten, beantworten und auch abspeichern. Dies kann zum einen der Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben dienen als auch der Erfüllung Ihres konkreten Anliegens. Rechtsgrundlage ist regelmäßig Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO (Vertrag oder Anbahnung eines Vertragsverhältnisses).

Erfahren wir in diesem Zusammenhang oder mittels Ihrer Information, dass die Daten nicht mehr aktuell sind, werden sie entsprechend berichtigt. Dies beruht auf der rechtlichen Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 d) DS-GVO i. V. m. Art. 5 Abs. 1 c) DS-GVO sowie einer vertraglichen Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Zur Erfüllung und Erreichung dieses Zwecks benötigen wir von Ihnen je nach Art der Anfrage und Kommunikationsmittel (E-Mail, Telefon, Brief) folgende personenbezogenen Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), ggf. Parteizugehörigkeit, ggf. personalisierte E-Mailadresse oder ggf. Faxnummer.

Wir speichern Ihre Anfrage einschließlich unserer Antwort, um Rückfragen bearbeiten zu können. Die Speicherdauer ist abhängig vom Inhalt der Anfrage. Sofern kein Aufbewahrungsinteresse mehr besteht oder anderweitige Aufbewahrungspflichten bestehen, werden Ihre Daten gelöscht.

Sofern unsere Beschäftigten Visitenkarten erhalten sollten, z. B. im Rahmen von Veranstaltungen, Messebesuchen etc., mit dem Zweck der Kontaktierung, gehen wir davon aus, dass derjenige, der die Visitenkarte übergeben hat, mit einer Kontaktierung einverstanden ist. Die auf der Visitenkarte enthaltenen personenbezogenen Daten werden in unserer Datenbank gespeichert. Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß

Art. 6 Abs. 1 S. 1 DS-GVO. Unser Interesse überwiegt hier, da es sich regelmäßig um berufliche Kontaktdaten handelt. Zudem soll so eine ordnungsgemäße Aufbewahrung der Daten sichergestellt werden sowie, dass auf diese im Fall der Notwendigkeit zugegriffen werden kann. Sofern Sie dies nicht wünschen, steht Ihnen ein Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

b) Anschreiben zu verschiedenen Anlässen

Unter Umständen veranlassen uns besondere Anlässe, dass wir Sie kontaktieren, z. B. zur Übermittlung von Glückwünschen, Dankschreiben, Verabschiedung. Hierbei stützen wir uns entweder auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO) oder eine von Ihnen erteilte Einwilligung. Wir gehen davon aus, dass Grüße (zu Weihnachten oder Ostern, Firmenjubiläum oder ggf. auch Geburtstagen), Kondolenzschreiben, Ruhestand, Antritt oder Beendigung von Funktionen/Ämtern, Gratulation zu Preisen/Verdiensten sozialadäquat sind und Ihre Interessen insoweit zurückstehen können. Hierzu nutzen wir die uns bekannten Kontaktdaten.

c) Anschreiben von potentiellen Interessenten zur Gründung einer neuen AG, Ausschuss etc.

Sofern Ihr Interessengebiet passen sollte, informieren wir Sie über die beabsichtigte Gründung einer neuen Arbeitsgruppe/Arbeitskreises. Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Hierzu nutzen wir die uns bekannten Kontaktdaten.

3. Versand von Mitgliederinformationen oder Verbandsbroschüren

Zur unserer Verbandsarbeit gehört es auch, Ihnen als Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen sowie Interessierten Verbandsinformationen und Verbandsbroschüren zukommen zu lassen. Hierbei bedienen wir uns den in unserer Datenbank rechtmäßigerweise gespeicherten Daten. Hierzu nutzen wir je nach Format (E-Mail oder Post) folgende personenbezogene Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), ggf. berufliches Interesse, E-Mail-Adresse, ggf. Parteizugehörigkeit.

Zum Teil werden derartige Informationen in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden oder Institutionen erstellt und versendet. Sofern es hier aufgrund einer gemeinsamen Verantwortlichkeit zu einem Datenaustausch gemäß Art. 26 DS-GVO kommen sollte, wird eine Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit abgeschlossen. Sie werden dann entsprechend über das Wesentliche aus der Vereinbarung informiert.

Sollte ein anderes Unternehmen oder ein Dienstleister mit dem Versand beauftragt werden, wird ein entsprechender Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 Abs. 3 DS-GVO abgeschlossen.

Beim Versand von Verbandsinformationen unterscheiden wir wie folgt:

- Verbandsinformationen an Geschäftsführer und Unternehmensleiter (siehe a))
- Verbandsinformationen an Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen und Interessierte (siehe b))
- Verbandsinformationen an Abonnenten (z. B. VKS-News), (siehe c))

a) Verbandsinformationen an Geschäftsführer und Unternehmensleiter

Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben hinsichtlich der Unterstützung unserer Mitgliedsunternehmen versenden wir an Geschäftsführer oder Unternehmensleiter von Mitgliedsunternehmen per E-Mail oder postalisch fachliche Mitgliederinformationen oder Verbandsbroschüren oder informieren über eine Downloadmöglichkeit. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO (Mitgliedschaftsverhältnis). Derartige Mitgliederinformationen könnten beispielsweise sein:

- Zusendung von Broschüren aus verschiedenen Sparten (z. B. VKS-News)
- Rechtsinformationen
- Geschäftsführer-Brief
- Information über (neue) Austauschplattformen.

Hierzu nutzen wir je nach Format (E-Mail oder Post) folgende personenbezogene Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), ggf. berufliches Interesse, E-Mail-Adresse.

Um Ihnen Mitgliederinformationen oder Verbandsbroschüren zukommen lassen zu können, ist die Speicherung Ihrer o.g. personenbezogenen Daten in unserer Datenbank erforderlich. Zudem speichern wir Ihre Interessen hinsichtlich der Branchen und Themen (siehe auch oben Adressverwaltung, Ziff. 1), um Ihnen gezielt Informationen zukommen lassen zu können.

Mit dem Ausscheiden des Mitgliedunternehmens aus dem VKU oder Ihrer Funktion als Geschäftsführer oder Unternehmensleiter bei einem Mitgliedsunternehmen werden wir Ihnen keine entsprechenden Informationen mehr zukommen lassen.

b) Verbandsinformationen an sonstige Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen und Interessierte

Informationen an sonstige Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen und andere (potentiell) Interessierte, z. B. politische Kontakte oder bei vorliegendem Fachbezug, versenden

wir nur oder informieren über eine Downloadmöglichkeit, wenn wir ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO haben. Dies kann z. B. der Kommunalbrief, eine fachspezifische Broschüre oder ein Hinweis auf eine Austauschplattform sein.

Dabei nutzen wir nur diejenigen Daten, die uns Ihrerseits mitgeteilt wurden, z. B. i. R. d. Mitgliedschaftsverhältnisses. Ggf. recherchieren wir Daten aus Quellen Dritter (z. B. Kürschner Datenbank). Je nach Format nutzen wir folgende bei uns gespeicherte personenbezogene Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), E-Mailadresse und ggf. Ihr berufliches Interesse sowie bei politischen Kontakten die offensichtlich öffentlich gemachte Parteizugehörigkeit.

Sofern ein Einverständnis erforderlich sein sollte, holen wir dieses gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO i.V.m. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO ein. Dies ist in folgenden Fällen der Fall:

aa) Abonnement von VKU-Newslettern nach Auswahl auf Registrierungsformular

Ein Abonnement von VKU-Newslettern (z. B. "VKU Nachrichten" an alle User, "VKU aktuell" sowie "GF-Info Recht" oder nur für Geschäftsführer und Unternehmensleiter „GF-Brief“, „VKU+“ mit Fachinformationen für Mitgliedsunternehmen) ist über das Registrierungsformular auf der Homepage des VKU (<https://www.vku.de/newsletter/>) möglich. Hinsichtlich der Verarbeitungstätigkeiten und Widerrufsmöglichkeiten verweisen wir auf Ziff. IV. Nr. 2 der Datenschutzerklärung auf der Webseite des VKU, die über <https://www.vku.de/datenschutzerklaerung/> abgerufen werden kann.

bb) Sonstige Newsletter oder Broschüren

Darüber hinaus wird Ihr separates Einverständnis gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO, z. B. für folgende Newsletter oder Broschüren eingeholt:

- Newsletter, die nicht von Registrierungsformular erfasst sind
- Newsletter von Landesgruppen
- VKU-Unternehmensjuristen-Verteiler.

Sie können das Abonnement jederzeit widerrufen (s. o.).

c) Verbandsinformationen an Abonnenten (z. B. VKS-News)

Sofern Sie gezielt Verbandsbroschüren bestellt haben und wir Ihnen diese zusenden, stützen wir uns auf eine vertragliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO. Verarbeitet werden diejenigen Daten, die zum Versand der Broschüre erforderlich sind. Dies sind regelmäßig: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Firma und Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort).

4. Gremienmanagement

Die Gremienarbeit sowie Beteiligung in Gremien des VKU gehört zu den satzungsgemäßen Aufgaben des VKU (siehe § 2 Abs. 2 S. 2 Satzung des VKU). Hiernach soll der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit von Beschäftigten in Mitgliedsunternehmen untereinander gefördert werden. Ebenso können Gäste und Referenten an Gremiensitzungen teilnehmen. Rechtsgrundlage für die Durchführung der Gremienarbeit ist regelmäßig Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) Alt. 1 DS-GVO (vertragliche Grundlage).

Welche Verarbeitungstätigkeiten konkret vorgenommen und auf eine vertragliche Grundlage gestützt werden sowie welche personenbezogenen Daten konkret verarbeitet und wann gelöscht werden, ist der „**Geschäftsordnung Datenschutz für Gremien des VKU**“ zu entnehmen, die (potentiellen) Gremienmitgliedern von dem jeweiligen Gremienbetreuer separat übermittelt wird. Hinsichtlich der weiteren Verarbeitungstätigkeiten, die nicht von der Satzung des VKU sowie der Geschäftsordnung Datenschutz für Gremien des VKU abgedeckt sind, stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse (Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO), eine rechtliche Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO) oder auf separat einzuholende oder eingeholte Einwilligungserklärungen (Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO). Hierüber wird - ebenfalls separat - in der **Datenschutzerklärung für Gremien des VKU** informiert, welche gemeinsam mit der Geschäftsordnung Datenschutz für Gremien des VKU bereitgestellt wird.

Sofern Sie aus einem Gremium ausscheiden oder ausgeschieden sind, speichern wir Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie eine Aufbewahrung aus gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder zur Dokumentation der Gremien- oder Ausschussabstimmung erforderlich ist oder aus sonstigen Aufbewahrungsinteressen als notwendig erachtet wird. Wir werden Ihre personenbezogenen Daten insoweit nur noch eingeschränkt verarbeiten, d.h., sie werden von uns – ohne das Vorliegen einer Rechtsgrundlage – nicht mehr kontaktiert und erhalten keine weiteren Gremieninformationen. Ebenso ist der Zugriff zum Gremium auf dem Mitgliederportal gesperrt.

Die steuerrechtliche Aufbewahrungsfrist beträgt für Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Bilanzen, Arbeitsunterlagen und Buchungsbelege mindestens zehn Jahre ab dem Schluss des Jahres, in dem das Mitgliedschaftsverhältnis endet. Andere Unterlagen bewahren wir mindestens sechs Jahre ab dem Schluss des Jahres, in dem das Mitgliedschaftsverhältnis endet, auf (vgl. § 147 Abs. 3 AO). Aufbewahrungspflichtig sind insbesondere: Bewirtschaftungsbelege sowie weitere steuerrelevante Unterlagen.

Darüber hinaus bestehende Aufbewahrungsinteressen sind: Speicherung von Anfragen und der dazugehörigen Beratungsleistungen, Schriftverkehr zu Gremiensitzungen, Sitzungsunterlagen oder Protokollen und Teilnehmerlisten von Gremiensitzungen.

Sofern Sie nur die Speicherung bestimmter Daten in unserer Datenbank wünschen, markieren wir dies entsprechend. Sofern ein Anspruch auf Löschen oder Einschränkung der

Verarbeitung besteht, kommen wir diesem nach, wenn keine anderen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder -interessen bestehen. Zu Einzelheiten siehe Geschäftsordnung Datenschutz für Gremien des VKU.

5. Lobbyarbeit für Belange kommunaler Unternehmen

Im Rahmen der Lobbyarbeit treten wir an Abgeordnete oder Beschäftigte in Ministerien, Behörden, Kommunen, Landkreisen oder Institutionen, Vereine sowie Verbände heran, um die VKU-Position (wie Stellungnahmen, Positionspapiere, GF-Brief, Studien etc.) zu präsentieren und entsprechend zu verorten. Dies entspricht der Satzung des VKU. Rechtsgrundlage ist ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Die Interessenabwägung fällt hier zu unseren Gunsten aus. Bei den hiesigen politischen Daten handelt es sich um berufliche Daten, die in der Regel bewusst öffentlich gemacht werden, um eine Kontaktaufnahme zu ermöglichen.

Hierzu nutzen wir die folgenden Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche Daten: Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), personalisierte E-Mailadresse, ggf. Fax. Optional erheben wir auch das Geburtsdatum sowie die Parteizugehörigkeit.

Wir erheben sowohl personenbezogene Daten direkt bei Ihnen, über offensichtlich von Ihnen öffentlich bereitgestellte Plattformen (z.B. Internet) oder über eine zulässige politische Datenbank. Zu letzterem machen wir regelmäßig eine Abfrage, um die Daten aktuell zu halten. Um Sie gezielt und richtig anschreiben zu können, speichern wir Ihre personenbezogenen Daten in unserer Datenbank. Hierzu filtern wir auch bestimmte Daten Ihrerseits und ziehen sie konkret aus unserer Datenbank. Wir nutzen Ihre Daten insoweit, um Ihnen unsere Position zu übermitteln, damit diese in die gewünschte politische Richtung gebracht wird. Sofern Ihr Datensatz – ggf. aufgrund einer anderweitigen Rechtsgrundlage – bereits vorhanden sein sollte, überprüfen wir Ihre Identität und passen den Datensatz entsprechend an. Sofern Sie nur die Speicherung bestimmter Daten in unserer Datenbank wünschen und dies nicht zur Vertragsdurchführung erforderlich ist, markieren wir dies entsprechend. Sofern ein Anspruch auf Löschen oder Einschränkung der Verarbeitung besteht, kommen wir diesem nach, wenn keine anderen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder -interessen bestehen.

Ihnen steht zudem ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie dies wünschen oder wir keine Rechtsgrundlage für die Speicherung mehr haben sowie keine Aufbewahrungspflichten und -interessen mehr bestehen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Sie nicht mehr einem politischen Amt oder einer Abgeordneten- oder Ministerposition/-funktion nachgehen. Dies überprüfen wir regelmäßig.

6. Einladung und Durchführung von Veranstaltungen

Sofern wir dazu berechtigt sind, laden wir Sie zu Veranstaltungen des VKU ein, z. B. Mitgliederversammlung, parlamentarisches Frühstück, politische Veranstaltungen, Sommerfest, Stadtwerkekongress, Messen oder andere Kongresse, Fach-Workshops, VKU-Study-Trips, gemeinsame Veranstaltungen in Ministerien etc.

Nachfolgend werden Verarbeitungstätigkeiten aufgeführt, die regelmäßig bei Veranstaltungen durchgeführt werden:

- Einladung zu Veranstaltungen (siehe a))
- Vorbereitung von Veranstaltungen (siehe b))
- Einlasskontrolle (siehe c))
- Durchführung der Veranstaltung (siehe d))
- Anfertigung und Veröffentlichung von Foto- und Videoaufnahmen (siehe e))
- Nachbereitung (siehe f))
- Hinweise für Referenten (siehe g))
- Hinweis auf Veranstaltungen der VKU Service GmbH (siehe h))

Über zusätzliche Verarbeitungstätigkeiten und konkrete Vorhaben wird jeweils in der Einladung zu der Veranstaltung oder vor Ort informiert (z. B. über die Absicht zur Anfertigung und Veröffentlichung von Fotoaufnahmen). Dies variiert je nach Art der Veranstaltung.

Sofern für das Einladungsmanagement oder für die Durch- und Nachbereitung ein Dienstleister eingesetzt wird oder der Veranstaltungsort von einem Dienstleister oder Mitgliedsunternehmen bereitgestellt wird, wird ein entsprechender **Auftragsverarbeitungsvertrag** oder eine Vertraulichkeitsvereinbarung abgeschlossen bzw. Vertraulichkeit vereinbart. Nach Abschluss der Veranstaltung werden die personenbezogenen Daten beim Auftragsverarbeiter gelöscht, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bestehen.

Wird eine Veranstaltung zusammen mit einem anderen Verband, Unternehmen oder Institution durchgeführt, wird eine **Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit** abgeschlossen und Sie werden über das Wesentliche der Vereinbarung informiert.

a) Einladung zu Veranstaltungen

Die Einladung von **Geschäftsführern** oder **Unternehmensleitern** sowie **weiteren Beschäftigten von Mitgliedsunternehmen** (z. B. Referenten oder Abteilungsleitern), Abgeordneten und Beschäftigten in Ministerien und Behörden, Vertretern aus Politik oder Pressevertretern erfolgt je nach Veranstaltungsformat aufgrund des **Mitgliedschaftsverhältnisses** gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO oder aufgrund eines **berechtigten Interesses** gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO oder wenn uns entsprechende **Einwilligungserklärungen** gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO i. V. m. Art. 7 DS-GVO vorliegen. Veranstaltungen könnten sein: Parlamentarisches Frühstück, politische Veranstaltungen, Sommerfest,

Stadtwerkekongress, Messen oder andere Kongresse, Fach-Workshops, gemeinsame Veranstaltungen in Ministerien etc.

Ein **berechtigtes Interesse** nehmen wir an, wenn die Interessenabwägung zu unseren Gunsten ausfällt und Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten zurückstehen können. Einladungen erfolgen regelmäßig an Ihre beruflichen Kontaktdaten und interessenbezogen. Wir haben ein Interesse daran, Kontaktpflege zu betreiben und somit unsere Interessen zu vertreten und stärker zu positionieren. Die Veranstaltungsformate dienen als Plattform für den fachlichen und politischen Austausch. Dies kommt uns und letztlich auch den Mitgliedsunternehmen zugute.

Zu anderen Veranstaltungen, denen z. B. (noch) ein Bezug zur Arbeitstätigkeit fehlt bzw. die entgeltlich durchgeführt werden, laden wir grundsätzlich nur ein, wenn uns eine **Einwilligung** gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO vorliegt, die **separat** oder über das [Registrierungsformular auf der Homepage](#) eingeholt wurde.

Zur Einladung werden die uns bekannten und in der Datenbank abgespeicherten personenbezogenen Daten genutzt: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche Daten: Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil) oder ggf. personalisierte E-Mailadresse). Zum Teil nutzen wir auch andere Quellen. Hinsichtlich politischer Kontakte nutzen wir u.a. rechtlich zulässige Datenbanken oder offensichtlich zur öffentlichen Nutzung bereitgestellte Daten. Ebenso nutzen wir eine journalistische Datenbank.

Sofern wir uns bei der Einladung auf ein berechtigtes Interesse stützen oder die Einladung aufgrund einer Einwilligung erfolgt, steht Ihnen ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

Zur Anmeldung zu einer Veranstaltung nutzen wir auch ein Einladungstool, so dass in der Einladung auch lediglich ein Anmeldelink enthalten sein kann. Hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten über das Anmeldetool verweisen wir insoweit auf die separate Datenschutzerklärung zu diesem Einladungstool.

b) Vorbereitung von Veranstaltungen

Um die Veranstaltung organisieren zu können, werden die bei der Anmeldung angegebenen Kontaktdaten genutzt. Sie erhalten beispielsweise eine **Anmeldebestätigung** und **nähere Informationen** zum Ablauf der Veranstaltung. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO (vertragliche Grundlage).

Bei der Anmeldung zur **Mitgliederversammlung** wird zusätzlich die Stimmberechtigung in der Hauptversammlung dokumentiert sowie Stimmrechtsübertragungen auf andere Mitgliedsunternehmen geprüft. Dies erfolgt auf der Rechtsgrundlage des Mitgliedschaftsvertrages gemäß § 2 der Satzung VKU i. V. m Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Zu internen Zwecken werden **Teilnehmerlisten** erstellt und gespeichert. Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse (berechtigtes Interesse, Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO). Eine Weitergabe der Teilnehmerliste an andere Teilnehmer erfolgt nur mit Einwilligung aller Teilnehmer.

Gegebenenfalls findet eine **Aktualisierung Ihrer personenbezogenen Daten** statt, wenn Sie z. B. nach der Rückmeldung bzw. Zusage zur Veranstaltungsteilnahme eine Änderung Ihrer personenbezogenen Daten mitteilen. Es findet sodann ein Abgleich mit den von Ihnen übermittelten mit den bei uns vorhandenen Daten statt.

In Einzelfällen wird die **Teilnehmerliste an Referenten** (zur Vorbereitung auf die Veranstaltung) weitergegeben. Diesbezüglich besteht ein Interesse der Referenten, damit sie sich auf die Veranstaltung vorbereiten können. Rechtsgrundlage ist das berechtigte Interesse unsererseits oder Dritter gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO.

Wird eine Veranstaltung in einem **anderen Unternehmen oder Institution** durchgeführt, ist es zum Teil erforderlich, dass zur Wahrnehmung des Hausrechts oder aufgrund von Sicherheitsmaßnahmen sowie aufgrund anderer rechtlicher Verpflichtungen die Teilnehmerliste (mit Namen und Unternehmenszugehörigkeit) weitergegeben werden muss. Gegebenenfalls fragen wir vorab das Geburtsdatum oder KfZ-Kennzeichen ab und geben es aus Sicherheitsgründen an die Institution, in welcher die Veranstaltung durchgeführt wird, weiter, damit diese eine Einlasskontrolle durchführen kann. Diesbezüglich stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO, ein berechtigtes Interesse Dritter. Ohne eine derartige Kenntnis und Überprüfungsmöglichkeit ist die Teilnahme an einer Veranstaltung nicht möglich.

Sofern Daten an Dienstleister weitergegeben werden, erfolgt dies i.R.e. Auftragsverarbeitung oder aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung des Dienstleisters gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO oder dessen berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO (z. B. Geltendmachung des Hausrechts).

c) Einlasskontrolle

Vor Veranstaltungsbeginn erfolgt eine **Einlasskontrolle**. Nur so können wir sicherstellen, dass Sie sich tatsächlich angemeldet haben und berechtigt sind, an der Veranstaltung teilzunehmen. Diesbezüglich stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Sofern Veranstaltungen bei anderen Institutionen stattfinden, können ggf. weitere rechtliche Pflichten zur Einlasskontrolle bestehen. Sie werden hierüber gesondert informiert.

Gegebenenfalls bestehen weitere **rechtliche Verpflichtungen**, z. B. aus dem Infektionsschutzgesetz. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO i.V.m. Infektionsschutzgesetz Sie werden vor der jeweiligen Veranstaltung noch einmal separat darüber informiert.

d) Durchführung der Veranstaltung

Je nach Art der Veranstaltung werden **Namensschilder** bereitgestellt. Sie enthalten Ihren Namen sowie Ihre Unternehmenszugehörigkeit. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Sofern Sie eine Bereitstellung nicht wünschen, kommen wir Ihrem Widerspruchsrecht nach (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.) und vernichten Ihr Namensschild.

Ggf. werden wir Sie in der Veranstaltung persönlich ansprechen.

e) Anfertigung und Veröffentlichung von Foto- und Videoaufnahmen

Bei einigen Veranstaltungen (z. B. Vorstandstagung, Sommerfest oder politischen Veranstaltungen wie z. B. Politisches Frühstück) beabsichtigen wir zu Dokumentations- und Informationszwecken sowie zur Förderung der Außendarstellung die **Anfertigung und Veröffentlichung von Foto- und/oder Videoaufnahmen**.

Veröffentlichungsorte können sein: VKU-Homepage, VKU-Mitgliederbereich, Newsletter-Formate des VKU, interne Blogs des VKU, Soziale Medien (wie Facebook, Twitter, LinkedIn, Xing, ggf. Youtube) oder Pressemitteilungen (s. u. Ziff. 10). Über weitere Veröffentlichungsorte werden Sie ggf. separat informiert.

Bei größeren Veranstaltungen stützen wir uns hierzu auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Sie werden – in der Regel schon in der Einladung, spätestens (oder zusätzlich) vor Ort über die konkreten Veröffentlichungsorte informiert. Die Interessenabwägung fällt zu unseren Gunsten aus, da Sie bei diesen Veranstaltungsformaten damit rechnen müssen, dass Fotoaufnahmen gemacht und ggf. auch veröffentlicht werden. Ggf. handelt es sich um politische Veranstaltungen, die Öffentlichkeitswirksamkeit haben (sollen).

Sollte für die Anfertigung und Veröffentlichung von Foto- und/oder Videoaufnahmen eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO erforderlich sein, wird diese vorab eingeholt. Dies kann z. B. der Fall sein bei der Veröffentlichung in Publikationen. Dies ist in der Regel aber nur bei Persönlichkeiten der Fall, die in der Öffentlichkeit stehen (z. B. Politiker, Präsidenten von Verbänden, ggf. Geschäftsführer von Unternehmen).

Foto- und Videoaufnahmen werden bei uns gespeichert und ggf. noch bearbeitet (z. B. Ergänzung einer Bauchbinde). Hierbei wird ggf. z. B. zusätzlich Ihr Name sowie Ihr Unternehmen genannt. Dies ist in der Regel aber nur bei Persönlichkeiten der Fall, die in der Öffentlichkeit stehen (z. B. Politiker, Präsidenten von Verbänden, ggf. Geschäftsführer von Unternehmen) oder sich gezielt geäußert haben. Hierzu haben wir ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO, da wir eine professionelle Außendarstellung sicherstellen wollen. Dies dient unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Wird ein Dienstleister mit der Aufzeichnung oder Aufbereitung von Foto- oder Videoaufnahmen beauftragt, wird ein entsprechender Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen. Der Dienstleister ist verpflichtet, die Fotoaufnahmen nach Auftragserfüllung bzw. Ablauf von ggf. bestehenden Aufbewahrungspflichten zu löschen.

Eine **Weitergabe von Foto- oder Videoaufnahmen** an Mitveranstalter findet nur statt, wenn dies vorab vertraglich vereinbart wurde und eine entsprechende Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit abgeschlossen wurde.

Ihnen steht ein Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.), d. h., dass Sie der Anfertigung von Foto- und Videoaufnahmen jederzeit widersprechen können. Ihnen wird vor Ort auch ein Ansprechpartner benannt. Wir werden Ihre Foto- und Videoaufnahmen dann nicht mehr nutzen und löschen bzw. vernichten.

f) Nachbereitung

Ggf. werden im Nachgang Unterlagen sowie **Präsentationsunterlagen** an die uns übermittelte E-Mailadresse versendet und sich für die Teilnahme bedankt. Hierbei nutzen wir Ihren Namen und Ihre E-Mailadresse. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Veranstaltungsvertrages, Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Sofern notwendig werden Teilnehmerlisten z. B. aus steuerrechtlichen Gründen mit Namen und Unternehmenszugehörigkeit an unsere **Buchhaltung** weitergegeben. Rechtsgrundlage ist eine rechtliche Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO.

Ggf. wird ein **Teilnehmernachweis** versendet. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO oder ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO.

Je nach Veranstaltungsformat werden Fotoaufnahmen mit **Grußwort und Danksagung** für Ihr Erscheinen im Nachgang zu Veranstaltungen versendet, z. B. Sommerfest. Angefertigte Videoaufnahmen werden ggf. geschnitten und für die Veröffentlichung aufbereitet. Dies erfolgt jeweils nur, wenn wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO stützen können.

Sofern wir eine **Feedbackabfrage** machen, erfolgt diese nur, wenn wir ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO geltend machen können oder eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 DS-GVO Ihrerseits vorliegt. Ein berechtigtes Interesse unsererseits liegt vor allem darin, dass wir wissen möchten, ob das Veranstaltungsformat ziel führend und gewinnbringend für Sie und die Teilnehmer war und ob weitere Veranstaltungsformate sinnvoll sind.

Sie können in alle Fällen, in denen wir ein berechtigtes Interesse annehmen, ihr Widerspruchsrecht geltend machen (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.). Bei einer Einwilligung steht Ihnen Widerrufsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

g) Hinweise für Referenten

Bei einigen Veranstaltungen sollen Referenten teilnehmen und z. B. Vorträge halten oder an Podiumsdiskussionen teilnehmen. Dabei werden nachfolgende im einzelnen aufgeführte Verarbeitungstätigkeiten vorgenommen:

- Kontaktierung (aa))
- ggf. Foto- und Videoaufnahmen (bb))

aa) Kontaktierung und Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltung

Wir kontaktieren Sie, sofern Sie als Referent für eine Veranstaltung des VKU oder eine solche, die gemeinsam mit uns organisiert wird, in Frage kommen. Dies kann sein: Veranstaltungen zu fachlichen oder politischen Themen, Podiumsdiskussionen etc. Diesbezüglich stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Referentenanfragen erfolgen in der Regel auch nur, soweit eine fachliche Übereinstimmung zwischen dem potentiellen Referenten und dem Referatsteil besteht. Zur Kontaktaufnahme nutzen wir die uns bekannten personenbezogenen Daten (Name, Vorname, Instituts- oder Unternehmenszugehörigkeit, Position, E-Mailadresse, Telefonnummer, Adresse), ggf. Parteizugehörigkeit oder solche, die wir im Internet recherchieren. Bei letzterem werden wir Sie bei der Kontaktierung gesondert über die Datenherkunft informieren.

Hinsichtlich der Kommunikation mit Ihnen als Referenten stützen wir uns sodann auf eine vertragliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO. Kommunikationsmittel sind regelmäßig Telefon und E-Mail.

Die Veranstaltung wird regelmäßig in verschiedenen Kanälen (z. B. VKU-Webseite, Newsletterabonnement, per E-Mail, Social Media (Twitter, Facebook, LinkedIn, Xing)) beworben. Hierbei wird auch bekanntgegeben, dass Sie Referent der Veranstaltung sind. In der Regel werden Ihr Vor- und Nachname, Ihre Unternehmenszugehörigkeit, Ihre Position sowie Ihr Vortragsthema genannt. Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Wir haben ein Interesse daran, dass Interessierte die Informationen zu Veranstaltungen erhalten und ggf. hieran teilnehmen können.

Ihnen steht ein Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.), d. h., dass Sie der Kontaktierung im Rahmen der Anfrage von Referententätigkeiten jederzeit widersprechen können. Wir werden Sie diesbezüglich nicht mehr kontaktieren.

bb) Einlasskontrolle und Durchführung

Hinsichtlich des Einlasses und der Durchführung der Veranstaltung gilt dasselbe wie bei anderen Teilnehmern (s. o. Ziff. 6 c) und d)).

Werden Präsentationen zur Verfügung gestellt bzw. während der Veranstaltung gezeigt, werden die in der Präsentation aufgeführten personenbezogenen Daten sichtbar. Dies dient der Vertragserfüllung. Wir stützen uns insoweit auf die Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

cc) Foto- und Videoaufnahmen

Sofern während Veranstaltungen **Foto- und Videoaufnahmen** angefertigt werden und veröffentlicht werden sollen, stützen wir uns regelmäßig auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO oder eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO. Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen dieser Ziff. IV., Nr. 6, e).

Die Interessenabwägung fällt bei größeren oder öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen zu unseren Gunsten aus, da wir ein Interesse daran haben, Mitgliedsunternehmen sowie Interessierte über unsere Tätigkeit zu informieren, welche Veranstaltungen mit wem stattfinden.

Ihnen steht diesbezüglich ein Widerspruchs- und Widerrufsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

Im Übrigen, z. B. hinsichtlich der Beauftragung von Fotografen oder Weitergabe von Foto- und Videoaufnahmen sowie der Bearbeitung von Foto- und Videoaufnahmen wird auf Ziff. 6, e) verwiesen.

dd) Nachbereitung

Die uns im Rahmen der Veranstaltung zur Verfügung gestellte **Präsentation** speichern wir intern ab. Hierbei stützen wir uns auf die vertragliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Wenn -Sie damit einverstanden sind, stellen wir den Teilnehmern der Veranstaltung die Präsentation im Nachgang zur Verfügung. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S.1 a) DS-GVO. Dies kann per E-Mail erfolgen oder mittels Einstellung in den Mitgliederbereich. Im Mitgliederbereich stehen Dokumente grundsätzlich nicht länger als zwei Jahre zur Verfügung.

Ihnen steht bei Abgabe einer Einwilligung ein Widerrufsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

h) Werbung für Veranstaltungen VKU Service GmbH

Im Rahmen unseres täglichen E-Mailverkehrs können nach der Signatur Hinweise auf Veranstaltungen des VKU und der VKU Service GmbH enthalten sein. Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Wir haben ein berechtigtes Interesse daran, Sie auf die Veranstaltungen aufmerksam zu machen, auch um den

Satzungszwecken gemäß § 2 der Satzung des VKU gerecht zu werden. Die Interessenabwägung fällt zugunsten des VKU aus. Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten, die den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten erfordern, können insoweit zurückstehen. Die Direktwerbung erfolgt lediglich an die berufliche E-Mailadresse. Es handelt sich immer um solche Veranstaltungen, bei denen ein Bezug zum VKU besteht und Sie bzw. Ihr Mitgliedsunternehmen einen Mehrwert haben. Zudem geht es vorrangig um den Inhalt der E-Mail. Die Werbung erfolgt nur beiläufig. Zur Erfüllung und Erreichung dieses Zwecks benötigen wir von Ihnen folgende personenbezogenen Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, personalisierte E-Mailadresse, ggf. Parteizugehörigkeit.

Wir nutzen die von Ihnen im Rahmen einer Anfrage oder sonstigen zulässigen Kontaktaufnahme mitgeteilte E-Mailadresse.

Ihnen steht zudem ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

Die E-Mails werden gespeichert, sofern eine Aufbewahrungspflicht bzw. -interesse besteht. Andernfalls werden Ihre Daten gelöscht.

7. Einladung und Durchführung von Videokonferenzen oder Webseminaren

Ist eine Veranstaltung in Präsenz nicht angezeigt oder kann durch ein Online-Angebot eine höhere Teilnehmerzahl erreicht werden und so einer Vielzahl von Personen eine Teilnahme ermöglicht werden (z. B. Ersparnis von Reisekosten, weniger Terminkollisionen), bieten wir Online-Veranstaltungen/Webseminare an. Formate sind z. B. Stadtwerkekongress, politische Veranstaltungen, andere Kongresse, Gremiensitzungen, Fach-Workshops, Study-Trips und Ähnliches.

Darüber hinaus können auch persönliche Austausche in Form von Videokonferenzen stattfinden.

Eine Information darüber, welches Tool konkret zum Einsatz kommt, erhalten Sie im Einzelfall.

Wird eine Online-Veranstaltung/Webseminar zusammen mit einem anderen Verband oder Unternehmen durchgeführt, wird eine Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit abgeschlossen und Sie werden über das Wesentliche der Vereinbarung informiert.

Kommen Dienstleister zum Einsatz, werden Auftragsverarbeitungsverträge abgeschlossen. Dies ist regelmäßig beim Einsatz von IT-Konferenztools der Fall.

Zum Teil setzen wir Systeme ein, deren Anbieter ihren Sitz in den USA oder in einem anderen Drittland haben. Hierbei kann leider nicht ausgeschlossen werden, dass personenbezogene Daten, die im Rahmen von Videokonferenzanwendungen verarbeitet werden, an Drittländer, d.h. die USA übermittelt werden und somit auch US-Behörden zur Kenntnis gelangen. Dies hängt damit zusammen, dass der EuGH in seinem Urteil vom 16.07.2020 (Rechtssache C-311/18) die EU-US Privacy-Shield-Vereinbarung zum zulässigen Datentransfer zwischen der EU und den USA für unzulässig erklärt hat und personenbezogenen Daten derzeit nicht datenschutzkonform in die USA übertragen werden können. Grund dafür sind bestehende Gesetze in den USA, die Sicherheitsbehörden weitreichende Befugnisse zur Überwachung "ausländischer Kommunikation" ermöglichen. Wir weisen Sie hiermit ausdrücklich auf dieses Risiko hin.

Es werden regelmäßig folgende Verarbeitungstätigkeiten vorgenommen:

- Einladung (siehe a))
- Vorbereitung der Veranstaltung, Versand Anmeldelink (siehe b))
- „Einlasskontrolle“, Einlass über den Wartebereich (siehe c))
- Durchführung (siehe d))
- Anfertigung und Veröffentlichung von Screenshots und Videoaufzeichnung (siehe e))
- Nachbereitung (siehe f))
- Hinweise für Referenten (siehe g))

a) Einladung

Hinsichtlich der Gründe für eine Einladung von Geschäftsführern von Mitgliedsunternehmen, Abgeordneten oder Beschäftigten in Ministerien und Behörden, Vertretern aus Politik, Pressevertretern oder sonstigen Beschäftigten in Mitgliedsunternehmen, zu einer/m Online-Veranstaltung/Web-Seminar, verweisen wir auf die Ausführungen zu Veranstaltungen in Ziff. 6. Zudem dienen die Veranstaltungsformate als Plattform für den fachlichen und politischen Austausch. Dies kommt uns und letztlich auch den Mitgliedsunternehmen sowie den Teilnehmern zugute.

Zur Einladung nutzen wir die von Ihnen mitgeteilten und von uns in der Datenbank erfassten personenbezogenen Daten. Dies sind regelmäßig: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort) oder personalisierte E-Mailadresse, ggf. Parteizugehörigkeit.

Die Einladung erfolgt per E-Mail an die in unserer Datenbank gespeicherte E-Mailadresse. Hinsichtlich politischer Kontakte oder Pressekontakte nutzen wir u.a. rechtlich zulässige Datenbanken oder offensichtlich zur öffentlichen Nutzung bereitgestellte Daten.

Ihnen steht ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.). Machen Sie davon Gebrauch, werden Sie keine Einladung mehr erhalten.

b) Vorbereitung der Veranstaltung, Versand Anmeldelink

Sofern Sie sich für eine Videokonferenz anmelden, senden wir Ihnen einen Besprechungslink zu und informieren Sie über das eingesetzte Tool. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO ein. Mit den Tool-Anbietern wurden entsprechende Verträge zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten abgeschlossen.

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an den Videotoolanbieter erfolgt in der Regel nicht. Ggf. bestehen jedoch Zugriffsmöglichkeiten durch Drittländer (s. o.), die wir durch alle uns möglichen Schutzmaßnahmen minimieren.

Ggf. erfolgt eine Übermittlung einer Teilnehmerliste an Referenten, damit diese ihren Vortrag an den Teilnehmerkreis anpassen können. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des berechtigten Interesses unsererseits und das der Referenten gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Allerdings wird vorab regelmäßig geprüft, ob eine Übermittlung der Funktion ausreicht.

Sie werden separat darüber informiert, welches Tool zum Einsatz kommt und welche Verarbeitungstätigkeiten mittels des jeweiligen Tools vorgenommen werden. In der Regel werden mindestens folgende personenbezogene Daten verarbeitet: eingegebener Vor- und Nachname, E-Mailadresse. Sichtbar ist i.d.R. nur ein Namenskürzel.

c) „Einlasskontrolle“ bzw. Einlass über den Wartebereich

Um an einer Videokonferenz teilnehmen zu können, gelangen Sie nach Aufruf des Links – in Abhängigkeit von dem jeweils eingesetzten Tool - ggf. in einen Wartebereich und werden vom Veranstalter eingelassen oder loggen sich über die vorab zur Verfügung gestellten Zugangsdaten direkt ein. Diesbezüglich stützen wir uns auf eine vertragliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO. Ohne eine derartige Berechtigungsprüfung können Sie nicht an der Veranstaltung teilnehmen. Nur so ist sichergestellt, dass nur diejenigen teilnehmen, die berechtigt sind.

d) Durchführung

Hinsichtlich der Durchführung, z. B. Kommunikation mit den Teilnehmern, stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage eines Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO, ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO oder Ihr Einverständnis gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO.

Eine Kameraübertragung erfolgt nur, wenn Sie dies selbst einstellen. Eine Tonübertragung folgt nur dann, wenn Sie den Ton einstellen. Ggf. müssen Sie, je nach Tool, die Kamera- und Mikrofonfunktion ausschalten. Hierüber werden Sie vorab informiert. Dann erscheint nur Ihr Name bzw. Ihr Namenskürzel in der Übertragungsplattform, welche ggf. für alle Teilnehmer einsehbar ist.

Bei der Nutzung eines Online-/Web-Seminar-Tools (Bereitsteller des Tools ist Auftragsverarbeiter) gelten ab dem Zeitpunkt der Nutzung des Tools die dortigen Datenschutzbestimmungen in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Online-/Web-Seminars. Wir werden Ihnen einen Hinweis geben, wo die Datenschutzbestimmungen zu finden sind.

Ihnen steht jederzeit ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

e) Anfertigung und Veröffentlichung von Screenshots und Videoaufzeichnung

Bei einigen Videokonferenzen oder Online-Veranstaltungen beabsichtigen wir zu Dokumentations- und Informationszwecken die Anfertigung und Veröffentlichung von Screenshots und Videoaufzeichnungen. Sofern Sie die Kamera und das Mikrofon freigeschaltet haben, wird Ihr Bild sowie der sichtbare und zugehörige Name mit aufgenommen. Bei Videoaufzeichnungen auch der Ton.

Ggf. wurde dies vertraglich vereinbart, sodass wir uns auf die Rechtsgrundlage eines Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO stützen.

In seltenen Fällen machen wir bei der Anfertigung von Screenshots ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO geltend, insbesondere, wenn es sich um größere oder öffentlichkeitswirksame Veranstaltungsformate handelt, bei denen wir ein Interesse an der Dokumentation haben (z. B. auch, wenn in Präsenz Fotoaufnahmen gemacht worden wären) und Sie damit rechnen müssen, dass Fotoaufnahmen gemacht und ggf. auch veröffentlicht werden. Dies können z. B. sein: politische Veranstaltungen, die Öffentlichkeitswirksamkeit haben (sollen). Darüber hinaus werden Screenshots nur anfertigt, wenn eine Einwilligung Ihrerseits gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO vorliegt.

Videoaufzeichnungen werden in der Regel nur anfertigt, wenn eine Einwilligung Ihrerseits gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO vorliegt oder dies vertraglich vereinbart wurde (s.o.). Sofern wir ein berechtigtes Interesse geltend machen, werden Sie hierüber vorab informiert.

Über das Vorhaben und die **konkreten Veröffentlichungsorte** werden Sie vorab (z. B. in der Einladung oder/sowie vor Beginn der Videokonferenz) separat informiert. Veröffentlichungsorte können sein: VKU-Homepage, VKU-Mitgliederbereich, interne Blogs des VKU, Soziale Medien (wie Facebook, Twitter, ggf. Youtube) oder Pressemitteilungen (s.u. Ziff. 12).

Eine **Weitergabe von Screenshots oder Videoaufzeichnungen** an Mitveranstalter findet nur statt, wenn dies vorab vertraglich vereinbart wurde und eine entsprechende Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit abgeschlossen wurde. Ggf. wurde ein

Dienstleister mit der Aufzeichnung beauftragt, dann wird ein Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen.

Die von Ihnen angefertigten Screenshots und/oder Videoaufzeichnungen werden bei uns gespeichert und ggf. noch bearbeitet (z. B. Ergänzung einer Bauchbinde). Hierbei wird ggf. z. B. zusätzlich Ihr Name sowie Ihr Unternehmen genannt. Dies ist in der Regel aber nur bei Persönlichkeiten der Fall, die in der Öffentlichkeit stehen (z. B. Politiker, Präsidenten von Verbänden, ggf. Geschäftsführer von Unternehmen) oder sich gezielt geäußert haben. Hierzu haben wir ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO, da wir eine professionelle Außendarstellung sicherstellen wollen. Dies dient unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Wir löschen diese, sofern wir keine Rechtsgrundlage mehr zur Aufbewahrung haben.

Ihnen steht ein Widerspruchs- und Widerrufsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.), d. h., dass Sie der Anfertigung von Screenshots oder der Aufzeichnung und Verwendung von Screenshots und Videoaufzeichnungen jederzeit widersprechen bzw. diese Verarbeitung widerrufen können. Ihnen wird auch ein Ansprechpartner benannt. Wir werden Ihre Screenshots sowie die Aufzeichnung dann nicht mehr nutzen und löschen bzw. vernichten.

f) **Nachbereitung**

Die uns im Rahmen der Online-Veranstaltung zur Verfügung gestellte **Präsentation** speichern wir intern ab. Hierbei stützen wir uns auf die vertragliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Wenn Sie damit einverstanden sind, stellen wir den Teilnehmern der Online-Veranstaltung die Präsentation im Nachgang zur Verfügung. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO. Dies kann per E-Mail erfolgen oder mittels Einstellung in den Mitgliederbereich. Im Mitgliederbereich stehen Dokumente grundsätzlich nicht länger als zwei Jahre zur Verfügung.

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn wir keine Rechtsgrundlage mehr für die Aufbewahrung haben.

Eine Übermittlung der Teilnehmerliste an andere Teilnehmer findet grundsätzlich nicht statt, es sei denn, Sie sind damit ausdrücklich einverstanden. Dann würden wir uns auf die Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO stützen.

g) **Hinweise für Referenten**

Es wird auf die Ausführungen zu Veranstaltungen verwiesen, s. o. Ziff. 6 g). Eine „Einlasskontrolle“ findet, wie bei anderen Teilnehmern auch, statt.

Anfertigungen von Screenshots finden grundsätzlich nur statt, wenn dies vertraglich vereinbart wurde oder ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 DS-GVO vorliegt. Darüber hinaus holen wir Ihr Einverständnis ein. Rechtsgrundlage ist sodann Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO vorliegt.

Videoaufzeichnungen nehmen wir nur aufgrund vertraglicher Vereinbarung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO oder mit Ihrem Einverständnis vor. Rechtsgrundlage ist dann Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO.

Ihnen steht bei Abgabe einer Einwilligung ein Widerrufsrecht zu und bei der Annahme eines berechtigten Interesses ein Widerspruchsrecht (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

8. Einladung und Durchführung von Umfragen, Terminabfragen

a) Abfrage Umsatzdaten, Beitragsermittlung, Beitragsabrechnung (Entrichtung Jahresmitgliedsbeitrag)

Vor der Beitragsabrechnung führen wir bei Mitgliedsunternehmen regelmäßig eine Umfrage zur Beitragsermittlung und -abrechnung (Entrichtung Jahresmitgliedsbeitrag) oder Abfrage der Umsatzdaten durch. Kontaktiert werden Geschäftsführer und Unternehmensleiter von Mitgliedsunternehmen oder sonstige Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen (z.B. Fachabteilungen). Hierbei stützen wir uns auf das Mitgliedschaftsverhältnis gemäß Art. 6 Abs. 1 b) Alt. 1 DS-GVO sowie ggf. auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO.

Zur Kontaktierung verwenden wir die aufgrund des Mitgliedschaftsverhältnisses in unserer Datenbank gespeicherten Daten (s.o. Ziff. 1). Sollten wir in diesem Zusammenhang feststellen, dass die Daten nicht mehr aktuell sind, werden sie aktualisiert.

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sofern Sie nicht mehr zur Beitragsabrechnung erforderlich sind und keine anderweitige Rechtsgrundlage vorliegt.

b) Terminabfragen

Sofern Abfragen erforderlich sein sollten, um einen passenden Termin (z. B. für eine gemeinsame Sitzung oder Veranstaltung) zu finden, werden wir Sie regelmäßig per E-Mail kontaktieren. Hierzu nutzen wir Ihren Namen und Ihre E-Mailadresse sowie ggf. Ihre Unternehmenszugehörigkeit.

Ggf. bedienen wir uns eines speziell dafür bereitgestellten Tools. Hierzu erhalten Sie regelmäßig einen Link, mit welchem Sie an einer Terminabfrage teilnehmen können. Über

Einzelheiten werden Sie gesondert im Rahmen der Terminabfrage informiert. Sofern notwendig, schließen wir mit dem Anbieter entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge bzw. Datenschutzverträge ab.

c) Sonstige fachspezifische Umfragen

Zur Optimierung des Verbandsangebotes führen wir Umfragen durch.

Wird eine Umfrage zusammen mit einem anderen Verband oder Unternehmen durchgeführt, wird eine Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit abgeschlossen und Sie werden über das Wesentliche der Vereinbarung informiert.

Kommen Dienstleister zum Einsatz, werden Auftragsverarbeitungsverträge abgeschlossen. Dies ist regelmäßig beim Einsatz von Umfragetools der Fall. Eine Information darüber, welches Tool konkret zum Einsatz kommt, erhalten Sie im Einzelfall.

Zum Teil setzen wir Systeme ein, deren Anbieter Ihren Sitz in den USA oder in einem anderen Drittland haben. Hierbei kann leider nicht ausgeschlossen werden, dass personenbezogene Daten, die im Rahmen von Umfrageanwendungen verarbeitet werden, an Drittländer, d.h. die USA übermittelt werden und somit auch US-Behörden zur Kenntnis gelangen. Dies hängt damit zusammen, dass der EuGH in seinem Urteil vom 16.07.2020 (Rechtssache C-311/18) die EU-US Privacy-Shield-Vereinbarung zum zulässigen Datentransfer zwischen der EU und den USA für unzulässig erklärt hat und personenbezogene Daten derzeit nicht datenschutzkonform in die USA übertragen werden können. Grund dafür sind bestehende Gesetze in den USA, die Sicherheitsbehörden weitreichende Befugnisse zur Überwachung "ausländischer Kommunikation" ermöglichen. Wir weisen Sie hiermit ausdrücklich auf dieses Risiko hin.

aa) Einladung zu einer Umfrage

Bei der Einladung zu einer Umfrage stützen wir uns regelmäßig auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO oder handeln aufgrund einer Einwilligung Ihrerseits gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO.

Wir haben ein Interesse daran, fachspezifische Umfragen bei Geschäftsführern, Unternehmensleitern, Vorständen von Mitgliedsunternehmen, Beschäftigten aus der Fach- und Sachebene von Mitgliedsunternehmen oder Pressesprechern durchzuführen. Die Umfragen haben regelmäßig Fachbezug und erfolgen an Ihre beruflichen Kontaktdaten. Die Teilnahme ist freiwillig. Die Umfragen bieten nicht nur uns einen Mehrwert, um unsere Position in der Politik besser verorten zu können, sondern letztlich auch einen Mehrwert für die Mitgliedsunternehmen. Zur Einladung nutzen wir – je nach Format – folgende personenbezogenen Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche personalisierte E-Mailadresse.

Ihnen steht ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.). Machen Sie hiervon Gebrauch, werden Sie keine Einladungen zu Umfragen mehr erhalten.

bb) Durchführung der Umfrage

Hinsichtlich der Durchführung der Umfrage stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO. Sie werden vorab über den Umfang der Umfrage sowie die Art der Auswertung und ggf. der Veröffentlichung der Ergebnisse informiert. Hierbei nutzen wir folgende Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie die personalisierte E-Mailadresse.

Sofern für die Durchführung der Umfrage ein Tool eines Dienstleisters eingesetzt wird, kommt es ggf. zur Verarbeitung weiterer personenbezogener Daten, z. B. der IP-Adresse, Einsatz technisch notwendiger Cookies. Darüber, welches Tool bei der jeweiligen Umfrage zum Einsatz kommt, wird separat informiert. Ebenso über die jeweils vorgenommenen Verarbeitungstätigkeiten.

cc) Nachbereitung der Umfrage

Grundsätzlich werden Ihre eingegebenen Daten (z. B. Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie personalisierte E-Mailadresse) anonymisiert und nur in aggregierter Form aufbereitet und veröffentlicht. Eine namentliche Verwendung und Veröffentlichung Ihrer Teilnahme oder Veröffentlichung Ihrer Beiträge erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO. Dies gilt auch für eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an andere Umfrageteilnehmer oder Dritte.

Sofern Umfragedaten im Rahmen der gemeinsamen Verantwortung an weitere Umfrageveranstalter weitergegeben werden, stützen wir uns auf eine vertragliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO oder ein Auftragsverhältnis. Ihre Rechte können Sie dann sowohl gegenüber uns oder auch dem anderen Verantwortlichen geltend machen.

Sollten sich bei der Aufbereitung der Umfrageergebnisse Unklarheiten ergeben, kontaktieren wir Sie nur, sofern Sie Ihre Kontaktdaten angegeben haben. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage der Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO sowie auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Wir nutzen die von Ihnen angegebenen Kontaktdaten wie z. B. Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche personalisierte E-Mailadresse.

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sofern wir keine Rechtsgrundlage mehr für die Aufbewahrung haben.

Ihnen steht ein Widerrufs- und Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

9. Anbahnung und Erfüllung von Verträgen

a) Vertragsanbahnung

Im Rahmen der Beauftragung von Dienst-, Werk- oder sonstigen Verträgen kontaktieren wir Gutachter, Rechtsanwälte, Dienstleister (z. B. Hotels, Handwerker, IT-Dienstleister), um diese mit entsprechenden Leistungen zu beauftragen. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage der Anbahnung von Verträgen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Hinsichtlich von Veranstaltungen oder Videokonferenzen verweisen wir auf die dortigen Ausführungen (s.o.).

Wir nutzen nur personenbezogene Daten, die Sie offenkundig öffentlich gemacht haben (z. B. im Internet), um Ihre Dienstleistung anzubieten. Dies sind z. B. Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), personalisierte E-Mailadresse, ggf. Fax. Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten, um Sie auch zukünftig wieder kontaktieren zu können bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung oder eines bestehenden Vertragsverhältnisses.

Ihre personenbezogenen Daten werden nach Abschluss der Dienstleistungsgewinnung gelöscht, sofern keine andere Rechtsgrundlage zur Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten besteht. Gegebenenfalls wird die Verarbeitung eingeschränkt.

b) Vertragserfüllung

Eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten kann zur Vertragserfüllung erforderlich sein, z. B. Zahlung der vereinbarten Vergütung, Durchführung einer Veranstaltung oder Versand einer bestellten Broschüre (z. B. VKS-News). Je nach Vertrag ist die Verarbeitung folgender personenbezogener Daten erforderlich: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche Daten: Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), personalisierte E-Mailadresse, ggf. Fax, ggf. Bankverbindung. Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Vertragsverhältnisse können z. B. in folgenden Fällen vorliegen:

- Dienstleistungsverträge (z.B. Reinigungskräfte, Kurierdienste, Hotels, Restaurants, Taxiunternehmen, Mietwagenvermietung, E-Bikevermietung, Kurierdienste, Post, dpa, IT-Dienstleistungen (Wartung, Hosting), Reparaturen, Sponsoring, Messebau, Druckereien)
- Beratungs- und Gutachterverträge
- Reisekostenabrechnungen
- Anfertigung von Fotoaufnahmen als Vertragszweck und Ziel, z. B. im Rahmen eines Projektes

- Abonnement von Informationsbroschüren (z. B. VKS-News)

Für den Vertragsabschluss ist die Kenntnis von personenbezogenen Daten erforderlich, ohne die ein Vertrag nicht zustande kommen und durchgeführt werden kann. Insoweit erfassen und speichern wir Ihre Daten in unserer Datenbank, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können.

Sofern wir bei der Vertragsanbahnung oder -durchführung weitere Dienstleister einsetzen, werden mit diesen entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge abgeschlossen. Arbeiten wir mit anderen Verantwortlichen (z. B. anderes Mitgliedsunternehmen, anderer Verband, anderes Unternehmen) zusammen und kommt es hierbei zu einem datenschutzrechtlich zulässigen Datenaustausch, schließen wir mit diesen eine Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit ab und stellen Ihnen, als betroffene Person, das Wesentliche der Vereinbarung zur Verfügung.

c) Ablage und Speicherung der Verträge

Nach Abschluss der Verträge werden diese compliance gerecht abgelegt. Dies dient auch einer möglichen Geltendmachung von Rechtsansprüchen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO, eine rechtliche Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) oder berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO.

10. Pressearbeit, einschließlich Nutzung sozialer Medien

a) Versand von Pressemitteilungen

Wir kommunizieren unsere Positionen (in Form von Pressemitteilungen oder kurzen Statements) an die Presse per E-Mail, damit diese von Journalisten aufgegriffen oder in Artikeln und dpa-Meldungen verwertet werden können. Die E-Mailadressen haben wir aufgrund des Mitgliedschaftsverhältnisses von Ihnen erhalten (z. B. Pressestellen) oder recherchieren diese über eine Journalistendatenbank, in welchen Sie sich eingetragen haben bzw. Ihr Einverständnis für die Nutzung gegeben haben. Diesbezüglich stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO oder eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO zu. Die Interessenabwägung fällt zu unseren Gunsten aus. Wir haben aufgrund unserer Verbandstätigkeit ein Interesse daran, die Interessen der Mitgliedsunternehmen und deren Vertreter zu vertreten und Positionen öffentlich zu machen. Dies dient der Öffentlichkeitsarbeit.

Hierbei verarbeiten wir z. B. personenbezogene Daten wie Anrede, Name, Vorname, Unternehmen/Name des Mediums, E-Mail-Adresse, Jobtitel, Firma, Straße, PLZ, Ort.

Sofern Sie eine Kontaktierung nicht (mehr) wünschen, können Sie von Ihrem Widerspruchs- und Widerrufsrecht Gebrauch machen (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.). Hierzu können Sie sich an den Absender der Pressemitteilung (presse@vku.de) wenden.

b) Einladung von Pressevertretern zu Pressegesprächen

Zudem werden Journalisten zu (analogen oder digitalen) Pressegesprächen und Pressekonferenzen eingeladen. Ggf. werden gemeinsame Pressemitteilungen herausgegeben. Hierbei nutzen wir Daten, die wir von Pressevertretern erhalten haben oder recherchieren diese über eine Journalistendatenbank, in welchen Sie sich eingetragen haben bzw. Ihr Einverständnis für die Nutzung gegeben haben. Diesbezüglich steht uns ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO zu. Die Interessenabwägung fällt zu unseren Gunsten aus. Wir haben ein Interesse daran, Kontaktpflege zu Pressevertretern zu betreiben, damit unsere Interessen und die unserer Mitglieder in den Medien veröffentlicht werden. Die Veranstaltungsformate dienen als Plattform für den fachlichen und politischen Austausch. Wir nutzen lediglich Ihre beruflichen Kontaktdaten.

Um Sie einladen zu können, nutzen wir i.d.R. Ihren Vor- und Nachnamen, Anrede, Jobtitel, Titel, Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil) oder personalisierte E-Mailadresse. In unserer Datenbank findet zudem eine Zuordnung zu Fach- und Interessengebieten statt.

Während journalistischen oder anderweitigen Veranstaltungen kommt es häufig zu Foto- und Videoaufnahmen von Referenten oder Podiumsteilnehmern. Hinsichtlich von Veranstaltungen verweisen wir auf die Ausführungen unter Ziff. 6.

Ihnen stehen hinsichtlich der o. g. Verarbeitungstätigkeiten Widerspruchs- und Widerrufsrechte (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.) zu.

c) Versand des Pressespiegels

Wir stellen für Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen einen Pressespiegel bereit. Dieser kann über das [Registrierungsformular auf unserer Homepage](#) abonniert werden. Rechtsgrundlage ist Ihre Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO.

Sie können den Pressespiegel jederzeit wieder abbestellen. Hierfür können Sie entweder im Footer des Pressespiegels auf „Von unseren Diensten abmelden“ klicken. Weiterhin können Sie jederzeit im Mitgliederbereich unter „Mein Profil“ Ihre Newsletter-Auswahl anpassen und speichern. Ihnen steht diesbezüglich ein Widerrufsrecht zu (s. o.).

d) Nutzung sozialer Medien

aa) Twitter

Wir setzen Twitter (Sitz: Twitter Inc., 1355 Market St, Suite 900, San Francisco, CA 94103, USA) zur Pressearbeit ein, z. B. um Bilder, Bildergalerien, Video- und Audiobeispiele, Texthinweise zur abgebildeten Personen von z. B. gemeinsamen Veranstaltungen mit Ministe-

rien, Podiumsdiskussionen oder Pressekonferenzen zu veröffentlichen und zu präsentieren sowie über Veranstaltungen zu informieren. Dies dient der Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit. Zur Webseite von Twitter gelangen Sie [hier](#). Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO oder ggf. eine Einwilligung Ihrerseits gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO

Ferner werden Personen und zugehörige Unternehmen, Ministerien o. ä. eingebunden. Es findet eine Verschlagwortung von zugehörigen Begriffen (z. B. @MaxMustermann @ oder #StadtwerkXY) statt. Dies dient auch der fachlichen Begleitung von Themen. Zudem werden Beiträge von Personen, Unternehmen, Ministerien o.ä. geliked, geteilt oder kommentiert. Ggf. werden hierdurch Profile sichtbar und Verknüpfungen zu Personen hergestellt. Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO.

Ggf. kommt es zur Bearbeitung von Kontaktanfragen oder Beantwortung von Nachrichten. Diesbezüglich handelt es sich um eine Vertragsanbahnung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO.

Im Hinblick auf die Nutzung von Twitter wird auf die [dortige Datenschutzerklärung](#) verwiesen.

bb) Meta Plattform (Facebook und Instagram)

Wir betreiben bei Facebook (Sitz: 4 Grand Canal Square, Dublin 2, Ireland) zwei Unternehmensseiten (Verband kommunaler Unternehmen, Die kommunalen Unternehmen). Zur Webseite von Facebook gelangen Sie [hier](#). Hinsichtlich der Verarbeitungstätigkeiten beim Einsatz auf den VKU-Fanpages wird die [dortige Datenschutzerklärung des VKU](#) sowie die [Datenschutzerklärung von Facebook](#) verwiesen.

Wir betreiben im Hinblick auf die „Woche der Abfallvermeidung“ bei Instagram eine Unternehmensseite (Sitz: 4 Grand Canal Square, Dublin 2, Ireland). Zur Webseite von Instagram gelangen Sie [hier](#). Hinsichtlich der Verarbeitungstätigkeiten wird auf die [Datenschutzerklärung von Instagram](#) verwiesen

cc) LinkedIn

Wir betreiben bei LinkedIn (Sitz: LinkedIn Corporation, 2029 Stierlin Court, Mountain View, CA 94043, USA) eine Unternehmensseite. Zur Webseite von LinkedIn gelangen Sie [hier](#). Auf dem LinkedIn Profil des VKU werden vereinzelt Positionen und Pressemitteilungen veröffentlicht. Hinsichtlich der Verarbeitungstätigkeiten und Verarbeitung der personenbezogenen Daten wird auf die obigen Ausführungen zu Twitter verwiesen (s.o. aa).

Im Hinblick auf die Nutzung von LinkedIn wird auf die [dortige Datenschutzerklärung](#) verwiesen.

11. Gewinnspiele, Preisausschreiben, Wettbewerbe

a) Einladung Preisverleihungen und Wettbewerbe

Wir laden zum Teil zu Preisausschreiben und Wettbewerben ein (z. B. Creativ-Preis, E-WAV, VKU-Innovationspreis). Hierbei stützen wir uns auf ein berechtigtes Interesse gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Wir verfolgen hiermit den Zweck, die Mitgliederbindung stärken. Wir kontaktieren Sie z. B. bei einem vorliegenden Fachbezug oder potentiellm Interesse. Zur Einladung werden – je nach Art des Preisausschreibens/Wettbewerbs - die dem VKU bekannten und in der Datenbank abgespeicherten personenbezogenen Daten genutzt: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel, personalisierte E-Mailadresse, ggf. Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort).

Im Übrigen handeln wir nur, wenn uns eine entsprechende Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DS-GVO vorliegt, z. B. Abonnement von VKU-Newslettern über [Registrierungsformular](#) auf der Webseite des VKU.

b) Durchführung und Gewinnbenachrichtigung, Preisverleihung

Über die Einzelheiten der Verarbeitungstätigkeiten bei der Durchführung des Gewinnspiels/der Preisverleihung und Gewinnbenachrichtigung werden Sie im Rahmen der Teilnahmebedingungen separat informiert, z. B. über die Weitergabe Ihrer Bewerbungsunterlagen an Dritte (z. B. an die Jury-Mitglieder). Hierbei stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO und nutzen folgende Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie die personalisierte E-Mailadresse (ggf. Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort)).

Sollten Einwilligungserklärungen notwendig sein, werden diese separat eingeholt.

Ggf. erfolgt die Preisverleihung im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung (z.B. VKU-Innovationspreis im Rahmen der Verbandstagung). Hierbei gelten die Ausführungen unter Ziff. 6.c (Einlasskontrolle) und 6.e (Durchführung und Veröffentlichung von Foto- und Videoaufnahmen).

Im Übrigen gelten die Ausführungen zu Veranstaltungen (s. o. Ziff. 10).

12. Buchhalterische Maßnahmen

Aufgrund steuerlicher Aufbewahrungspflichten speichern wir Rechnungsbelege (ggf. inklusive Teilnehmerlisten) und sonstige Buchungsbelege, wenn der Buchungsbeleg sich auf eine Einzelperson bezieht. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DS-GVO (rechtliche Verpflichtung). Dabei speichern wir folgende personenbezogene Daten: Vor- und Nachname, Anrede, Adresse, E-Mailadresse, ggf. Faxnummer sowie eine Kontoverbindung.

Nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen werden Ihre Daten gelöscht, soweit wir keine anderweitige Rechtsgrundlage zur Aufbewahrung haben.

13. Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit oder Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts (Zutrittskontrolle)

Zur Sicherheit unseres VKU-Gebäudes müssen wir entsprechende Maßnahmen treffen, z. B. Zugangskontrollen oder Fragen nach Identität (Name, Unternehmen) bei Personen, welche die Räumlichkeiten des VKU betreten möchten (z. B. Mitarbeiter von Mitgliedsunternehmen, Vertragspartner, Dienstleister oder sonstige Personen). Die Interessenabwägung fällt zu unseren Gunsten aus. Die Maßnahmen zur Gebäudesicherheit erfolgen auch zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten. Unberechtigte sollen nicht befugt sein, unsere Geschäftsräume zu betreten. Zur Erfüllung und Erreichung dieser Maßnahmen benötigen wir von Ihnen i.d.R. Vor- und Nachname und Unternehmenszugehörigkeit.

Am Empfang haben wir einen Dienstleister eingesetzt, der zur Identitätskontrolle (Abfrage Name und Unternehmenszugehörigkeit) befugt ist. Mit diesem wurde ein entsprechender Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen.

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht oder gar nicht gespeichert ((z.B. bei der Nennung des Namens beim Empfang), wenn sie nicht (mehr) für Maßnahmen der Gebäude- und Anlagensicherheit oder Sicherstellung des Hausrechts erforderlich sind und keine andere Rechtsgrundlage zur Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten besteht. Dies ist im Einzelfall zu prüfen.

14. Geltendmachung von Rechtsansprüchen und deren Verteidigung

Ggf. bewahren wir Ihre Daten im Hinblick auf die Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und zur Verteidigung von Rechtsansprüchen auf. Diesbezüglich stützen wir uns auf die Rechtsgrundlage des berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO. Ohne die Kenntnis bzw. den Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten könnten wir diese ggf. nicht erfolgreich geltend machen. Welche Daten wir von welchen Personen und in welchem Umfang eingeschränkt verarbeiten, ist jeweils abhängig von dem Verarbeitungszweck, zu dem Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet wurden. Dies könnten sein: Vor- und Nachname, Anrede, Jobtitel, Titel sowie dienstliche Daten: Position, Firma, Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort), Telefonnummer (Festnetz, ggf. Mobil), personalisierte E-Mailadresse, ggf. Fax.

Sofern wir keine Rechtsgrundlage mehr für die Verwendung/Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten haben (Erlöschung Mitgliedschaft, Abbestellung Verbandsnewsletter),

werden wir Ihre personenbezogenen Daten nur noch eingeschränkt verarbeiten. Dies erfolgt regelmäßig nach Ablauf der dreijährigen Verjährungsfrist.

V. Empfänger oder Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

1. Innerhalb des VKU

Innerhalb des VKU erhalten diejenigen Stellen bzw. Beschäftigten des VKU Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Dies können folgende Stellen sein:

- Fachabteilungen
- Gremienbetreuer
- Veranstalter
- Landesgruppen
- Datenschutzbeauftragte

Unsere Beschäftigten wurden auf das Datengeheimnis sowie die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

2. Einsatz von Dienstleistern

Der VKU e.V. arbeitet nur mit Dienstleistern zusammen, die hinreichende Garantien dafür bieten, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung erfolgt und den Schutz Ihrer Rechte gewährleistet. Der VKU schließt, sofern gesetzlich notwendig, mit entsprechenden Dienstleistern Auftragsverarbeitungsverträge, zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten, ab. Dabei werden die Dienstleister explizit auf Vertraulichkeit verpflichtet, auch über das Vertragsende hinaus.

Dienstleister für den VKU könnten sein:

- IT-Dienstleistungen (z.B. Wartung, Hosting, Umfragesoftware, Adressverwaltungssoftware)
- Druckereien und Versanddienstleister (z.B. Druck und Versand von Broschüren, Einladungen zu Veranstaltungen)
- Versand Pressespiegel
- Hotels, Tagungsräume

Des Weiteren übermitteln wir personenbezogene Daten an Behörden, wenn dies erforderlich ist.

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an die VKU Service GmbH und VKU Verlag GmbH erfolgt nur und nur soweit, wie Sie uns ausdrücklich Ihre Einwilligung zur Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten erteilt haben, ein zulässiges Auftragsverarbeitungsverhältnis oder ein sonstiger gesetzlich zulässiger Grund vorliegt.

3. Weitergabe personenbezogener Daten an VKU Service GmbH

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an die VKU Service GmbH oder VKU Verlag GmbH findet nur statt, wenn Sie uns über das [Registrierungsformular](#) auf der Webseite des VKU oder separat eine Einwilligung erteilt haben. Rechtsgrundlage ist eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DS-GVO.

Ggf. kommt es zu Anfragen der VKU Service GmbH hinsichtlich Ihrer Mitgliedschaft in einem bestimmten Gremium des VKU, damit Ihnen als Beschäftigter eines Mitgliedsunternehmens ein Gremienrabatt gewährt werden kann. Bei der Mitteilung gehen wir davon aus, dass dies auch in Ihrem Interesse liegt und stützen uns bei der Weitergabe der Information auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DS-GVO. Es werden nur die notwendigen personenbezogenen Daten herausgeben (Name, Unternehmen und Information über Gremienzugehörigkeit).

Ihnen steht diesbezüglich ein Widerrufs- oder Widerspruchsrecht zu (s. o. Einleitung Ziff. IV. a. E.).

VI. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an ein Drittland findet nur in Ausnahmefällen statt, z. B. bei der Nutzung von MS Office 365 (z. B. Videokonferenztool) oder bei „Study Visits“. Zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten bevorzugen wir DS-GVO-konforme Anbieter.

Zum Teil setzen wir jedoch Systeme ein, deren Anbieter ihren Sitz in den USA oder in einem anderen Drittland haben. Hierbei kann leider nicht ausgeschlossen werden, dass personenbezogene Daten, die im Rahmen von Anwendungen verarbeitet werden, an Drittländer, d.h. die USA übermittelt werden und somit auch US-Behörden zur Kenntnis gelangen. Dies hängt damit zusammen, dass der EuGH in seinem Urteil vom 16.07.2020 (Rechtssache C-311/18) die EU-US Privacy-Shield-Vereinbarung zum zulässigen Datentransfer zwischen der EU und den USA für unzulässig erklärt hat und personenbezogenen Daten derzeit nicht datenschutzkonform in die USA übertragen werden können. Grund dafür sind bestehende Gesetze in den USA, die Sicherheitsbehörden weitreichende Befugnisse zur Überwachung "ausländischer Kommunikation" ermöglichen. Wir weisen Sie hiermit ausdrücklich auf dieses Risiko hin.

VII. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten oder Kriterien, der Festlegung der Dauer der Speicherung

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist oder solange Sie uns hierfür eine Einwilligung erteilt haben. Dabei ist zu beachten, dass Ihr Mitgliedschaftsverhältnis ein Dauerschuldverhältnis ist, welches auf mehrere Jahre angelegt ist.

Das Löschen Ihrer personenbezogenen Daten hängt vom Einzelfall ab und kann im Einzelfall von der nachfolgenden Darstellung abweichen.

In der Regel gilt aber folgendes:

1. Mitgliedschaftsverhältnis

a) Bestehendes Mitgliedschaftsverhältnis

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange das Mitgliedschaftsverhältnis besteht und eine Aufbewahrung erforderlich ist. Personenbezogene Daten könnten z.B. enthalten sein, in: Anfragen einschließlich unserer Beratungsleistungen, Sitzungsunterlagen zur Hauptversammlung einschließlich Protokollen und Teilnehmerlisten oder Protokollen von Gremiensitzungen einschließlich der Teilnehmerlisten.

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie dies von uns verlangen und wir keine anderweitige Rechtsgrundlage zur weiteren Aufbewahrung haben. Sofern Sie von uns die Löschung verlangen und steuerliche Aufbewahrungspflichten bestehen, werden wir Ihre personenbezogenen Daten – soweit dies möglich ist – nur noch eingeschränkt verarbeiten. Gegebenenfalls kann es dann aber sein, dass die Erfüllung des Mitgliedschaftsverhältnisses Ihnen gegenüber sodann nicht mehr möglich ist.

b) Beendetes Mitgliedschaftsverhältnis

Sofern das Mitgliedschaftsverhältnis endet, werden wir Ihre personenbezogenen Daten löschen, soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder anderweitigen Aufbewahrungsinteressen mehr bestehen oder die Dokumentation der Gremien- oder Ausschussabstimmung nicht mehr erforderlich ist. Wir werden Ihre personenbezogenen Daten insoweit nur noch eingeschränkt verarbeiten, d.h. sie werden von uns – ohne das Vorliegen einer Rechtsgrundlage – nicht mehr kontaktiert.

Gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung des VKU besteht nach dem Ausscheiden eine mindestens dreijährige Aufbewahrungsfrist für den Fall der Geltendmachung von rechtlichen Ansprü-

chen. Zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften kann eine Aufbewahrung bis zu 30 Jahren betragen, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt.

Die steuerrechtliche Aufbewahrungsfrist beträgt für Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Bilanzen, Arbeitsunterlagen und Buchungsbelege mindestens zehn Jahre ab dem Schluss des Jahres in dem das Mitgliedschaftsverhältnis endet. Andere Unterlagen bewahren wir mindestens sechs Jahre ab dem Schluss des Jahres in dem das Mitgliedschaftsverhältnis endet, auf. (vgl. § 147 Abs. 3 AO).

Aufbewahrungspflichtig sind insbesondere: Mitgliedschaftsvertrag, Bewirtungsbelege sowie weitere steuerrelevante Unterlagen.

Darüber hinaus bestehende Aufbewahrungsinteressen sind beispielsweise: Speicherung von Anfragen und der dazugehörigen Beratungsleistungen, Sitzungsunterlagen zur Hauptversammlung, Gremien- und Ausschussunterlagen, Protokolle, Teilnehmer- und Unterschriftenlisten.

2. Vertragsverhältnisse

a) Bestehendes Vertragsverhältnis

Während des Vertragsverhältnisses verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten solange und soweit dies zur Erfüllung des Vertrages erforderlich ist. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten auch auf Ihren Wunsch hin. Allerdings kann es dann sein, dass wir den Vertrag nicht mehr erfüllen können.

b) Beendetes Vertragsverhältnis

Nach Vertragsbeendigung speichern wir Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, bis eine Aufbewahrung aus gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder sonstigen Aufbewahrungsinteressen nicht mehr notwendig ist.

Ein Aufbewahrungsinteresse besteht insbesondere hinsichtlich der Geltendmachung von Ansprüchen, so dass wir die hierfür erforderlichen personenbezogenen Daten mindestens drei Jahre nach Schluss eines Jahres nach Vertragsbeendigung aufbewahren. Wir werden Ihre personenbezogenen Daten ab dem Zeitraum der Vertragsbeendigung nur noch eingeschränkt verarbeiten, d.h. sie werden beispielsweise nur noch kontaktiert, wenn die Eingehung eines neuen Vertragsverhältnisses beabsichtigt ist.

Aufgrund der steuerrechtlichen Aufbewahrungspflicht (vgl. § 147 Abs. 3 AO) für Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Bilanzen, Arbeitsunterlagen und Buchungsbelege bewahren wir alle im Zusammenhang mit dem Vertrag stehenden Unterlagen 10 Jahre auf. Sofern keine anderweitige Rechtsgrundlage besteht, werden Ihre personenbezogenen Jahre spätestens nach 10 Jahren ab dem Schluss des Jahres des Vertragsschlusses gelöscht.

VIII. Ihnen stehen folgende Rechte zu:

1. **Recht auf Auskunft**
2. **Recht auf Berichtigung**
3. **Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)**
4. **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
5. **Recht auf Datenübertragbarkeit**
6. **Widerspruchsrecht**

Im Einzelnen:

1. **Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)**

Sie haben das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Dies schließt eine Negativauskunft ein, z. B. dass wir keine personenbezogenen Daten Ihrerseits verarbeiten oder diese unumkehrbar anonymisiert haben. Sofern wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO vorgesehenen Informationen:

- die Verarbeitungszwecke;
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
- falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- wenn die personenbezogenen Daten nicht Ihnen erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Wir stellen Ihnen eine Kopie Ihrer personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung. Für alle weiteren Kopien können wir ein angemessenes Entgelt auf Grundlage der Verwaltungskosten verlangen. Stellen Sie den Antrag elektronisch, stellen wir Ihnen – sofern Sie nichts Anderes angeben - die Informationen auch elektronisch zu Verfügung.

Ein Recht auf Auskunft besteht jedoch nicht, wenn die Daten

- nur deshalb gespeichert sind, weil sie aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Aufbewahrungsvorschriften nicht gelöscht werden dürfen, oder
- ausschließlich Zwecken der Datensicherung oder der Datenschutzkontrolle dienen und die Auskunftserteilung einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde sowie eine Verarbeitung zu anderen Zwecken durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ausgeschlossen ist (vgl. § 34 BDSG).

2. Recht auf Berichtigung (Art. 16 und 19 DS-GVO)

Sofern wir unrichtige personenbezogenen Daten Ihrerseits verarbeiten (d.h. speichern oder verwenden), haben Sie das Recht, von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

Wir werden allen Empfängern, denen Ihre personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten mitteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht das Recht zu, dass wir Sie über diese Empfänger unterrichten, sofern Sie dies von uns verlangen.

3. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“), (Art. 17 und 19 DS-GVO, § 35 BDSG)

Sie haben das Recht, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden.

Darüber hinaus werden wir Ihre personenbezogenen Daten unverzüglich löschen, sofern einer der in Art. 17 Abs. 1 DS-GVO genannten Gründe zutrifft:

- die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 a) DS-GVO oder Art. 9 Abs. 2 a) DS-GVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung
- Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein
- die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet

- die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem wir unterliegen
- die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DS-GVO erhoben

Wir teilen allen Empfängern, denen personenbezogene Daten offengelegt wurden, jede Löschung Ihrer personenbezogenen Daten mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht das Recht zu, dass wir Sie über diese Empfänger unterrichten, sofern Sie dies von uns verlangen.

Sofern wir personenbezogene Daten öffentlich gemacht haben und zu deren Löschung verpflichtet sind, treffen wir unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie von uns die Löschung aller Links zu Ihren personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

Obiges gilt v.a. nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist:

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem wir unterliegen, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurde;
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Es gelten die Ausnahmen gemäß § 35 BDSG. Danach ist eine Löschung u.a. nicht erforderlich:

- solange und soweit wir Grund zu der Annahme haben, dass durch eine Löschung schutzwürdige Interessen Ihrerseits beeinträchtigt würden. Wir unterrichten Sie insoweit über eine Einschränkung der Verarbeitung.
- einer Löschung satzungsmäßige oder vertragliche Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns gemäß Art. 18 Abs. 1 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn:

- die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,

- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- wir die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigen, Sie sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt haben, solange noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Gründe gegenüber Ihren überwiegen.

Wurde die Verarbeitung wie oben eingeschränkt, werden diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet.

Wir teilen allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Einschränkung der Verarbeitung mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht das Recht zu, dass wir Sie über diese Empfänger unterrichten, sofern Sie dies von uns verlangen.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DS-GVO

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und Sie haben das Recht, dass diese Daten an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden (Recht auf Datenübertragbarkeit), sofern die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Soweit dies technisch machbar ist, haben Sie zur Ausübung des vorgenannten Rechts auf Datenübertragbarkeit das Recht, dass Ihre personenbezogenen Daten direkt von uns an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden.

Die Ausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit lässt das Recht auf Löschen (Art. 17 DS-GVO) unberührt, d.h. ein Anspruch auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten besteht weiterhin. Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurde.

Durch die Ausübung Ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit dürfen jedoch Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigt werden. Dies berücksichtigen wir.

6. Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 21 DS-GVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 e) DS-GVO (Erforderlichkeit der Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurden) oder Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO (Erforderlichkeit der Verarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder eines Dritte) erfolgt, Widerspruch einzulegen (s. a. Einleitung Ziff. IV. a. E.). Dies würde auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling gelten. Ihre personenbezogenen Daten werden sodann nicht mehr verarbeitet (d.h. gespeichert oder verwendet), es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Sofern Sie Direktwerbung von uns erhalten sollten, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung stehen sollte.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, werden die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet (d.h. gespeichert oder verwendet).

Im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Dienste können Sie - ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG - jederzeit eine E-Mail an die Adresse datenschutz@vku.de schreiben oder die Abmelde links am Ende einer Verbandsinformati ons-E-Mail nutzen und Ihr Widerspruchsrecht geltend machen.

IX. Profiling nach Art. 22 DS-GVO, Automatisierte Entscheidungsfindung

Ein Profiling findet nur im Rahmen der Auswahl im Registrierungsformular auf der Homepage des VKU anhand der von Ihnen ausgewählten Branchen und Themen statt. Darüber hinaus findet kein Profiling unsererseits als Auswertungsinstrument statt, welches eine bedarfsgerechte Kommunikation oder Werbung einschließlich Markt- und Meinungsforschung ermöglichen würde. Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.

X. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Ihnen steht das Recht zu, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen. Aufsichtsbehörde für den VKU ist die **Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit**. Auf die Internetseite gelangen Sie [hier](#).

XI. Erforderlichkeit der Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Es gibt eine Reihe von vertraglichen Gründen, die eine Bereitstellung personenbezogener Daten erfordern, um unseren vertraglichen Pflichten Ihnen gegenüber nachkommen zu können. Dies sind insbesondere Pflichten zur satzungsgemäßen Erfüllung des Mitgliedschaftsverhältnisses und der Gremienarbeit oder auch der Erfüllung anderer vertraglicher Leistungen. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem jeweiligen Verarbeitungsvorgang.

Hinsichtlich der weiteren Verarbeitungszwecke ist eine Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten nicht erforderlich. Zum Beispiel ist die Teilnahme an einer Veranstaltung oder Umfrage freiwillig.

Sofern wir im Rahmen des Mitgliedschaftsverhältnisses, im Rahmen eines Vertrages oder einer sonstigen Geschäftsbeziehung steuerrelevante Aufbewahrungspflichten haben, bewahren wir diese entsprechend auf. Die steuerrechtliche Aufbewahrungsfrist beträgt für Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Bilanzen, Arbeitsunterlagen und Buchungsbelege 10 Jahre. Andere Unterlagen sind 6 Jahre aufzubewahren.

XII. Weiterverarbeitung zu einem anderen Zweck

Ihre uns gegenüber bereitgestellten personenbezogenen Daten werden zu keinen anderen Zwecken weiterverarbeitet als denjenigen, wofür Sie uns ausdrücklich Ihre Einwilligung erklärt haben oder eine gesetzliche Grundlage vorliegt. Eine Weiterverarbeitung zu anderen Zwecken findet nicht statt, ohne dass wir Sie im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen darüber informieren.